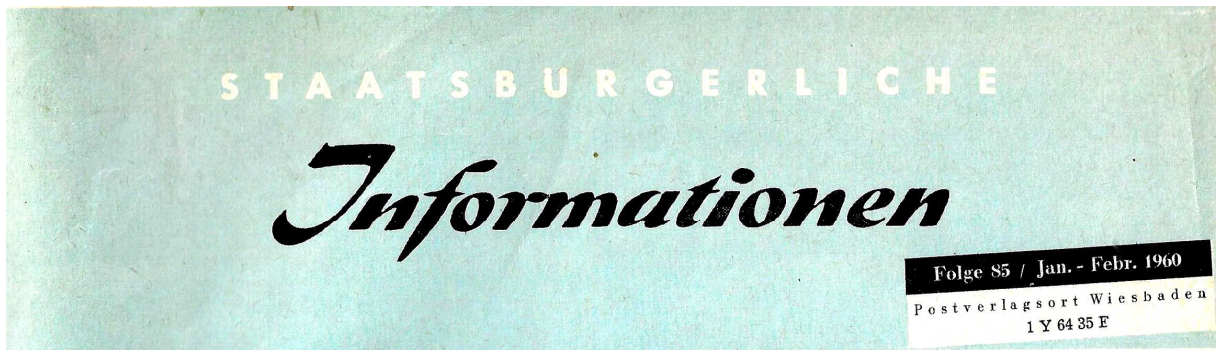
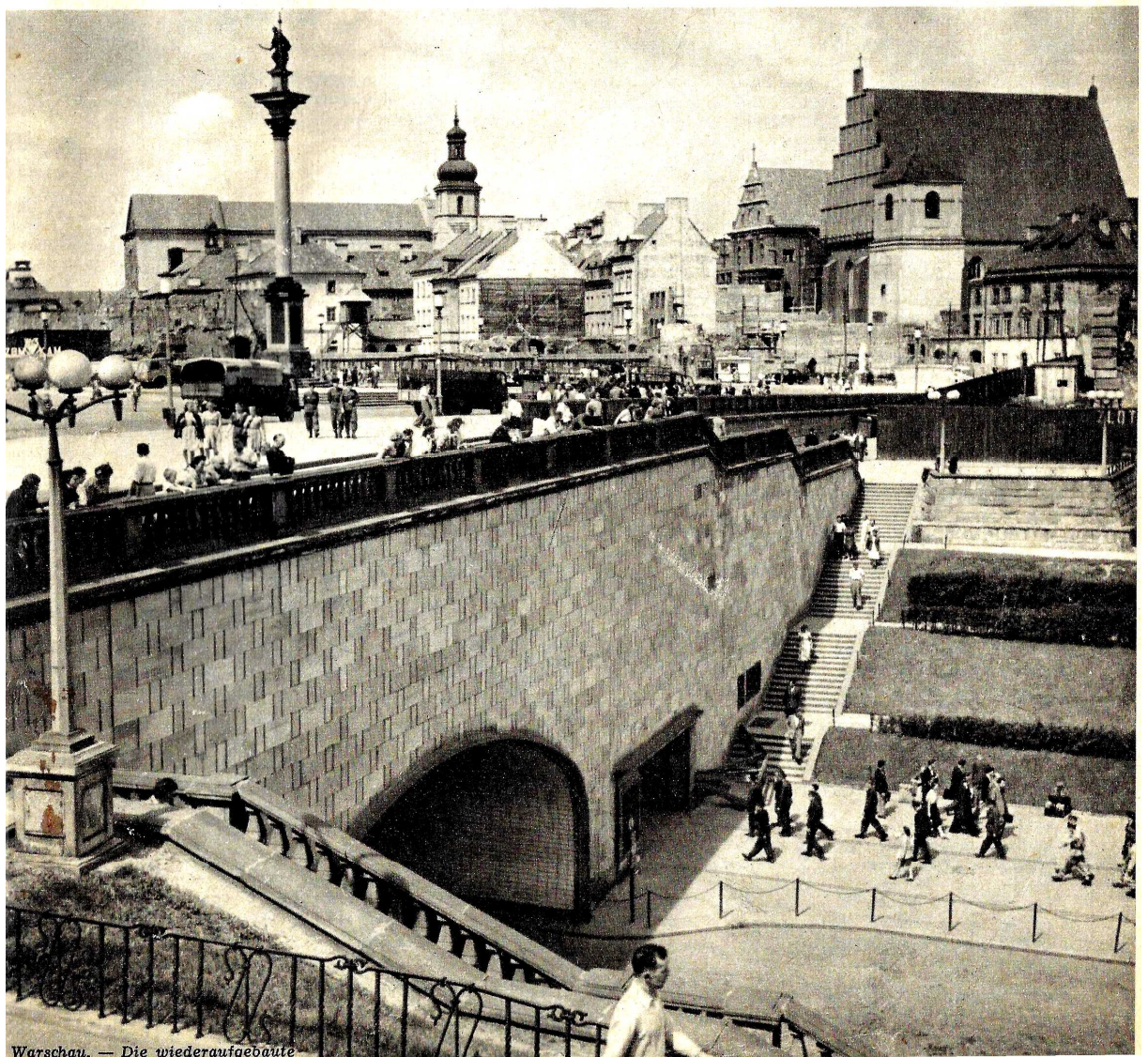


**Meine Lebensgeschichte >>> Staatsbürgerliche - Informationen****3. >>> Die Entwicklung in Polen seit 1945 <<<****Die Entwicklung in Polen seit 1945**



## Vorwort

Die Urteilsbildung über die Polen ist in Deutschland durch den Umstand erschwert, daß seit dem Erwachen des „Nationalen Egoismus“ in ganz Europa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland — wie übrigens auch in Polen — vorwiegend solche historisch-politischen Werke erschienen, die das Nachbarschaftsverhältnis der beiden größten Nationen Mitteleuropas unter dem Aspekt der territorialen und ethnischen Zwistigkeiten behandelten. Erst seit dem Ende des zweiten Weltkrieges häuft sich wiederum die Zahl jener Darstellungen, die das Polentum gleichsam von innen her zu begreifen suchen; indessen ist die Geschichte Polens seit dem zweiten Weltkriege bisher nur in einem einzigen Falle dargestellt und mithin der interessierten Öffentlichkeit kaum bekannt geworden. Aus diesem Sachverhalt leitet der nachfolgende Versuch seine Rechtfertigung ab.

Angesichts der innigen Verhaftung der Polen mit ihrer Nationalgeschichte, die oftmals mythisiert und mit einem Legendenkranz umwoben die politische Meinungsbildung in erster Linie gestaltet, scheint es kaum möglich, die Nachkriegsgeschichte Polens isoliert zu schildern. Wenn dieses Wagnis dennoch unternommen werden soll, so müssen drei grundlegende Tatbestände Beachtung finden, die sowohl den Geschichtsverlauf als auch die historisch-politische Denkweise in Polen entscheidend formten:

1. Die Besetzung Polens und Ostdeutschlands durch sowjetische Truppen in der Zeit vom Januar 1944 bis zum März 1945, welche die nationale Untergrundbewegung im Lande entscheidend schwächte und am 22. Juli 1944 zur Bildung einer sowjetischen Satellitenregierung, dem sogenannten „Lublener Komitee“, führte;
2. Die von den Regierungen der drei Großmächte USA, UdSSR und Großbritannien am 28. Juni 1945 aufgezwungene Konstitution der „Regierung der Nationalen Einheit“, die sich faktisch nahezu völlig aus Ministern des Lubliner Komitees zusammensetzte und der von der überwältigenden Mehrheit der Nation als legitim anerkannten Exilregierung die völkerrechtliche Basis entzog;
3. Die ebenfalls von den Regierungen der drei Großmächte auf der Konferenz von Jalta und im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 entgegen den ausdrücklichen Willenskundgebungen von Exilregierung und Nation auferlegte „Westverschiebung“ Polens, welche die Umsiedlung oder Vertreibung von rund 7 Millionen Polen oder einem Viertel der Nation mit sich brachte und dergestalt die endgültige Befestigung des sowjetischen Primats über Polen heraufführte.

Die 1919 gegründete Universität Posen.

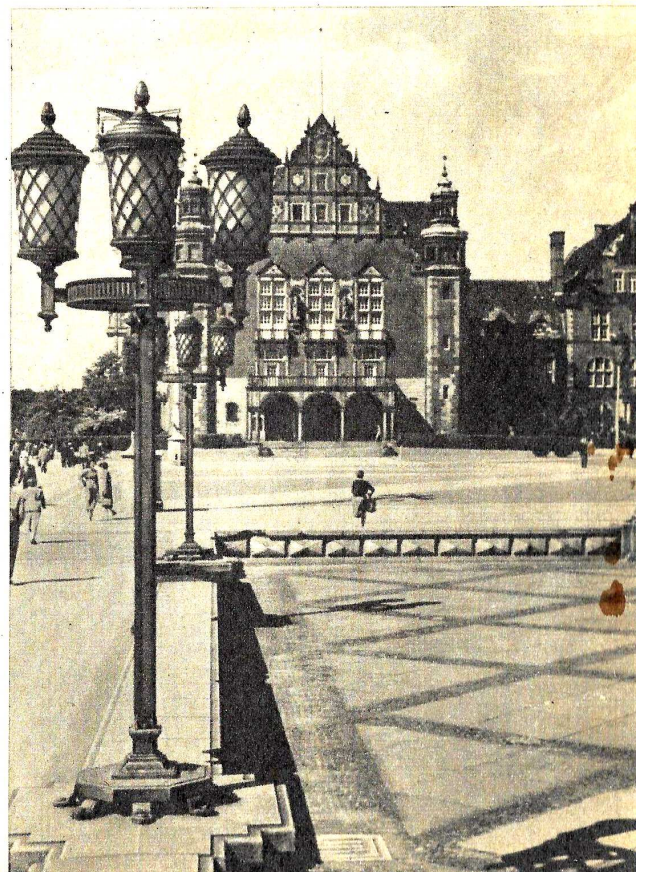
Foto: dpa

Lublin heute. Hier wurde 1944 von den Sowjets das „Komitee der nationalen Befreiung“, das sogenannte „Lublener Komitee“, als Vorstufe einer kommunistischen Regierung eingesetzt. Foto: dpa

Diese objektiven Bedingungen, und nicht eigentlich die subjektiven Willensmeinungen der Polen sind es gewesen, die das Geschick Polens bis zur Gegenwart hin bestimmt haben.

## Polen auf der Wanderschaft

Gemäß den Entscheidungen von Jalta und Potsdam verlor Polen von dem Staatsgebiet der Vorkriegszeit im Osten rund 180 000 qkm, um dafür die Verwaltung ostdeutscher Provinzen und die der Freien Stadt Danzig —



insgesamt eines Territoriums von etwa 103 000 qkm — übertragen zu bekommen. Nur etwa 209 000 qkm alten Staatsgebietes, also etwa 54%, blieben von den Grenzveränderungen unberührt. Mithin umfaßte das 1945 geschaffene Hoheitsgebiet, das sich aus dem verbliebenen Staatsgebiet und dem Verwaltungsgebiet in Ostdeutschland-Danzig zusammensetzte, nunmehr 311 730 qkm, davon etwa 150 000 qkm, die bis zum Ende des ersten Weltkrieges noch zum Deutschen Reiche gehört hatten. Dergestalt verlegten die Beschlüsse der Großmächte die Heimstätte der polnischen Nation im Mittel um rund 150 km nach Westen (siehe Karte auf Seite 10).

Diese Entscheidung setzte erhebliche **Bevölkerungsverschiebungen** voraus, die Polen um so schmerzlicher treffen mußten, als es ja im zweiten Weltkriege schon die relativ größten Menschenverluste von allen betroffenen Nationen erlitten hatte; jeder fünfte Staatsbürger der Vorkriegsrepublik war gefallen oder umgebracht worden. In dem verbliebenen Staatsgebiet wurde in der „summarischen Volkszählung“ vom 14. Februar 1946 eine Einwohnerschaft von rund 18 840 000 Personen festgestellt, eine Ziffer, die dem Bestande von 1910 entsprach; demnach hatte der Krieg die Bevölkerungsvermehrung von 35 Jahren aufgezehrt. Diese Einbuße war überdies von furchtbarem qualitativem Gewicht, da die Vernichtungsmaßnahmen sowohl der deutschen wie der sowjetischen Besatzungsmacht — abgesehen von der deutscherseits vorgenommenen allgemeinen Judenausrottung — in erster Linie der polnischen Intelligenz gegolten hatte.

Die **erzwungene Wanderungsbewegung** begann im östlichen Polen, das durch den Moskauer Grenzvertrag vom 16. August 1945 endgültig an die Sowjetunion fiel; das abgetretene Territorium war 1939 von annähernd 12 Millionen Menschen bewohnt gewesen. Ostpreußen wurde durch eine Demarkationslinie aufgeteilt, die vom Frischen Haif bei Braunsberg fast genau in östlicher Richtung bis zu der einstigen deutsch-litauisch-polnischen Dreiländerecke bei Suwałki verlief; ihre genaue Absteckung im Gelände fand ihr Ende mit dem „Demarkationsprotokoll“ vom 7. Mai 1947. Den Bevölkerungsaustausch, der bereits am 9. und 22. September 1944 grundsätzlich festgelegt worden war, regelte das Verfahrensabkommen vom 6. Juli 1945. Die Umsied-

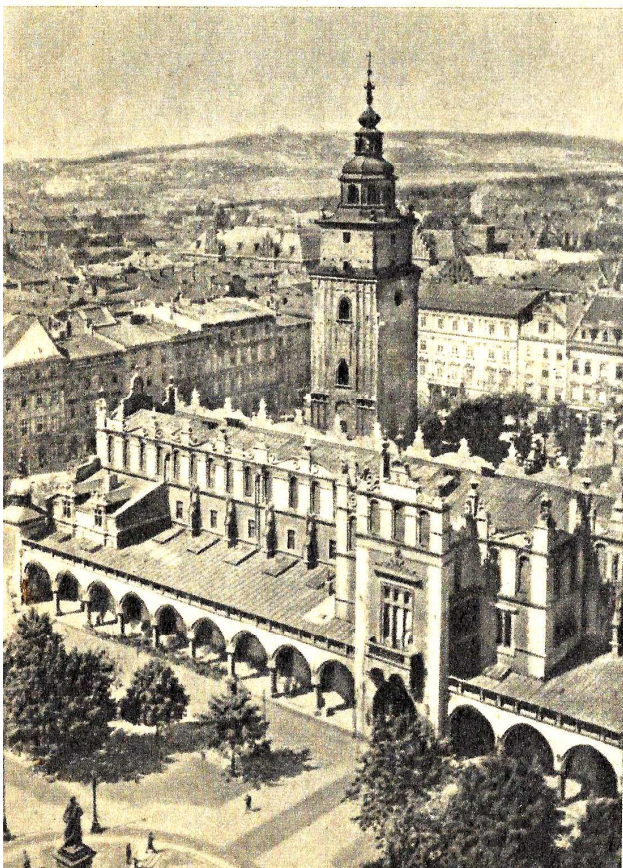


Das Rathaus der westpreussischen Stadt Thorn, die im 13. Jahrhundert vom Deutschen Ritterorden gegründet wurde.

Foto: apa

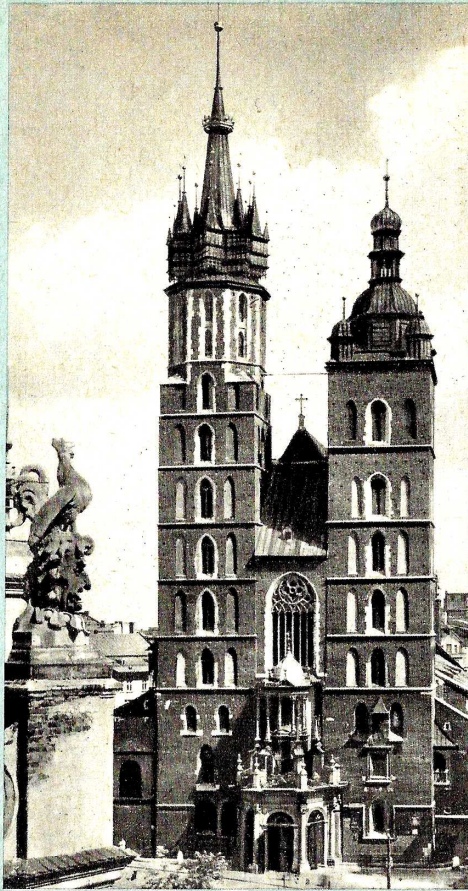
lung brachte von den rund 3 Millionen Polen, die 1939 in dem abgetretenen Gebiet gewohnt hatten, bis 1950 etwa 2 180 000 unter polnische Hoheit (einschließlich derer, die schon 1939/40 und 1944/45 nach Westen geflohen waren). Im Gegenzug dazu wurde die Masse der Litauer, Weißruthenen und Ukrainer westlich der neuen Grenze nach Osten verschickt; rund 520 000 Bewohner der Regionen von Suwałki, Cholm und Przemysł gerieten damit unter sowjetische Hoheit, während etwa 120 000 im ostdeutschen Verwaltungsgebiet angesiedelt wurden. Den vorläufigen Abschluß der Umsiedlungen und Vertreibungen im Osten bildete der polnisch-sowjetische Grenzvertrag vom 15. Februar 1951, in dem Polen ein rund 480 qkm großes Grenzgebiet am oberen Bug abtrat, um dafür ein gleichgroßes Territorium östlich des oberen San zu erhalten. Auch die Bevölkerung dieser beiden Landstriche wurde ausgetauscht.

Weitaus erheblichere Größenordnungen wies der **Bevölkerungsaustausch im Verwaltungsgebiet Ostdeutschland-Danzig** auf. Durch den Artikel XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 hatte die polnische Regierung das Recht erhalten, alle Deutschen aus „Polen“ auszusiedeln, allerdings in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“. Dem bloßen Wortlaut nach betraf diese Bestimmung mithin die rund 1 300 000 polnischen Staatsbürger, die sich nach dem Bekenntnisstand der Vorkriegszeit dem deutschen Volkstum zugerechnet hatten; die Warschauer Regierung legte jedoch diese Ermächtigung dahin aus, daß sie auch das Verwaltungsgebiet einschließe. Dieses Territorium war ihr — mit der westlichen Begrenzung längs der Oder und der Görlitzer Neiße — ebenfalls durch das Potsdamer Abkommen, und zwar gemäß Artikel IXb, zur Administration übergeben worden. Die polnische Regierung beanspruchte demnach die Befugnis, außer den Deutschen



Krakau. — Blick auf den Ring mit der Tuchhalle, eines der schönsten Gebäude dieser alten Stadt. Dahinter der Rathausurm. Krakau war von 1320 bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts die Hauptstadt Polens.

Foto: Hist. Bildarchiv Handke



Die Marienkirche in Krakau. Ihr riesiger Hochaltar ist das berühmteste Werk von Veit Stoß. Foto: Ullstein

im Staatsgebiet noch etwa 8 400 000 deutsche und rund 400 000 Danziger Staatsbürger zu vertreiben — eine Auffassung, die schon am 15. Dezember 1944 von Churchill im Unterhaus gebilligt worden war und vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland — namentlich durch den Entwurf eines Aufnahmeplanes für Flüchtlinge am 17./20. November 1947 — stillschweigend gutgeheißen wurde. Dessen ungeachtet mußte der deutsche Rechtsanspruch auf Gebiet und Bevölkerung nach der Formel von Potsdam als völkerrechtlich verbindlich angesehen werden. Die polnische Regierung entzog nach Maßgabe der deutschen Volkszählung vom 13. September 1950 und der polnischen Volkszählung vom 3. Dezember 1950 etwa 7 200 000 deutschen und rund 380 000 Danziger Staatsbürgern die Heimat, von denen etwa 1 200 000 deutsche und rund 90 000 Danziger Staatsbürger umkamen\*). Aus dem Staatsgebiet wurden gegen 880 000

\*) Die Vertreibung und die durch sie bedingten Verluste, für die die polnische Regierung im eigentlichen Sinne verantwortlich war, dürften zahlenmäßig wesentlich geringer sein; die polnischen Behörden fanden in Ostdeutschland und Danzig noch etwa 4 500 000 deutsche Staatsbürger vor (der Plan des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vom 20. November 1945 rechnete mit ca. 3 500 000), während die übrigen aufgrund von Flucht, Evakuierung oder Kriegsverlusten sich nicht mehr im Lande befanden. Immerhin entzog die polnische Regierung auch den Flüchtigen oder Evakuierten die Heimat, da die ca. 1 250 000 (Mitte 1945) Rückkehrer sich in Ostdeutschland bzw. Danzig nicht wieder niederlassen durften. Auch begann die Austreibung durch die polnischen Behörden schon im März 1945, d. h. schon vor der Potsdamer Konferenz. Jedenfalls schließen die oben angegebenen, für das Verwaltungsgebiet erstmalig annähernd berechneten Ziffern die Werte für die Flucht und Evakuierung von 1944/45 mit ein; die Werte für das nördliche, im Potsdamer Abkommen der UdSSR überlassene Ostpreußen sind abgerechnet.

### Fläche und Bevölkerung Polens 1939—1945

|                      | Staatsgebiet<br>1921—1945 | Ostgebiete <sup>1)</sup><br>1921—1945 | Staatsgebiet<br>seit 1945 | Verwalt.-G. <sup>2)</sup><br>seit 1945 | Hoheits.-G. <sup>3)</sup><br>seit 1945 |          |
|----------------------|---------------------------|---------------------------------------|---------------------------|--|--|----------|
| Fläche/qkm           | 388 634                   | 180 000                               | 209 000                   | 103 000                                | 311 730                                |          |
| Bevölkerung, i. Tsd. | Schätzung<br>1. 1. 1939   | 34 849                                | 11 640                    | 23 210 <sup>4)</sup>                   | (8 855 <sup>4)</sup> )                 | (32 060) |
|                      | Zählung<br>14. 2. 1946    | —                                     | —                         | 18 840 <sup>4)</sup>                   | 5 087 <sup>4)</sup>                    | 23 930   |
|                      | Zählung<br>3. 12. 1950    | —                                     | —                         | 19 110 <sup>4)</sup>                   | 5 900 <sup>4)</sup>                    | 25 008   |
|                      | Schätzung<br>30. 9. 1955  | —                                     | —                         | 20 570 <sup>4)</sup>                   | 6 850 <sup>4)</sup>                    | 27 423   |

Quelle: Osteuropa-Handbuch, Band Polen, hrsg. von Werner Markert, Tübingen 1959, S. 269 (Auszug).

<sup>1)</sup> Die gemäß dem Grenzvertrag vom 16. 8. 1945 an die UdSSR abgetretenen Gebiete.

<sup>2)</sup> Die gemäß dem Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 polnischer Verwaltung unterstellten Gebiete.

<sup>3)</sup> Summe aus Staatsgebiet und Verwaltungsgebiet.

<sup>4)</sup> Zahlen, die anhand der unzureichenden Unterlagen annähernd berechnet wurden.

Deutsche ausgewiesen, von denen rund 200 000 — nicht selten in polnischen Internierungslagern — verstarben. Nicht ausgesiedelt wurden etwa 1 190 000 Deutsche, 30 000 Danziger und 430 000 Deutsche aus dem Staatsgebiet. Die



Das Eingangsgebäude zum Messegelände in Posen. Foto: dpa

in der Heimat verbliebenen deutschen und Danziger Staatsbürger — am 3. Dezember 1950 waren es gegen 1 260 000 — wurden von der polnischen Administration zumeist als „autochthone (= altansässig) Polen“ betrachtet und durch eigens eingesetzte Kommissionen entsprechend „verifiziert“; nur etwa 250 000 AITbewohner galten als „anerkannte Deutsche“. Die hohe Zahl der „Autochthonen“ (zwischen 992 000 und 1 075 000), die ohne Rücksicht auf den Bekenntnisstand der Vorkriegszeit angegeben wurde, sollte den „urpolnischen Charakter“ des Verwaltungsgebietes erweisen; daher wurde den „Autochthonen“, die als eigentlich polnisch und nur germanisiert galten, lediglich die Verwendung der polnischen Sprache in Schule, Kirche, Gerichtswesen und Verwaltung zugestanden. Mißgriffe der Behörden führten freilich rasch zu einem Wiederanwachen deutscher Gesinnungen, wenngleich die Werbekraft der polnischen Kultur auch bei den „Autochthonen“ nicht völlig ohne Wirkung blieb. Im ganzen war allerdings der offiziellen These vom „urpolnischen Charakter“ Ostdeutschlands in den Massen der polnischen Bevölkerung wenig Erfolg beschieden, da der traditionelle Gerechtigkeitsinn der Polen im Verein mit den außerordentlich verbreiteten Geschichtskennntnissen solchen Deutungen zumeist widerstrebt. Dennoch ging die Nation in der ost-



Breslau im Jahre 1956. Blick auf den „Ring“, früher das Herz dieser alten deutschen Stadt. Foto: Südd. Verlag

deutschen Frage mit der Regierung nach außen hin einig, da sie sich stets dessen bewußt war, daß die Regierung aus außenpolitischen Rücksichten gegenüber der Sowjetunion die eigentlichen Gründe für die Zuteilung Ostdeutschlands nicht nennen durfte und sich mithin in einer Zwangslage befand.

Mit der Austreibung der deutschen ging die **Einsiedlung der polnischen Bevölkerung** Hand in Hand. Die Zählung vom 3. Dezember 1950 wies für das Verwaltungsgebiet bereits eine Einwohnerschaft von rund 5 900 000 Personen oder fast genau zwei Drittel des Standes von 1939 aus; unter ihnen befanden sich neben den 1 260 000 bodenständigen Bewohnern etwa 1 500 000 Neusiedler aus dem östlichen Polen. In Anbetracht des Tatbestandes, daß nunmehr jeder vierte Staatsbürger Polens im Verwaltungs-

gebiet wohnte, glaubte die Regierung ihre Hoheit über Ostdeutschland außenpolitisch absichern zu sollen; diesem Ziel dienten die gemeinsame polnisch-mitteldeutsche Deklaration vom 6. Juli 1950, in der die Oder-Neiße-Linie zur „endgültigen Friedens- und Freundschaftsgrenze“ erklärt wurde, und ein entsprechender Grenzvertrag vom 6. Juli 1950. Beide Akte blieben jedoch — mit Ausnahmen — bis zur Gegenwart ohne völkerrechtliche Anerkennung in der Staatenwelt außerhalb des Ostblocks\*).

\*) Einzelheiten zur Lage in Ostdeutschland und Danzig sind den Informationen „Die Ostgebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung seit 1945“, Folge 70/71, September—Oktober 1958, zu entnehmen.

Warschau. — Blick in das Hauptverkehrszentrum, im Hintergrund der im Stil sowjetischer Prachtbauten errichtete Palast für Kultur und Wissenschaft. Foto: dpa



Die sprachliche und ethnische Polonisierung des Verwaltungsgebietes fand ihr Korrelat in der kirchlichen. Für die Massen der einwandernden katholischen Polen gründete der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, am 15. August 1945 die fünf Apostolischen Administraturen Breslau, Oppeln, Allenstein, Landsberg und Danzig, wozu er in seiner Eigenschaft als päpstlicher Legat und Bevollmächtigter befugt war. Nach der ausdrücklichen Willensmeinung des Vatikans änderte die Neuordnung jedoch nichts an dem kirchenrechtlichen Fortbestand der (deutschen) Kirchenprovinz Breslau; sie sollte vielmehr nur ein Provisorium zur geistlichen Betreuung der katholischen Neu- und Altbewohner schaffen. Die verbliebenen rund 300 000 Protestanten im Verwaltungsgebiet — sie bekannten sich überwiegend zur deutschen Nationalität — wurden durch ein staatliches Dekret vom 19. September 1946 der polnischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche unterstellt. In dem Bestreben, die kirchenrechtliche Situation des Verwaltungsgebietes im Sinne der amtlichen Thesen zu stabilisieren, bedrängte die Regierung seit dem Grenzvertrag vom 6. Juli 1950 die Leitung der polnischen katholischen Kirche, die provisorischen Jurisdiktionsbezirke durch ständige Bistümer zu ersetzen. Da der Vatikan — und mit ihm

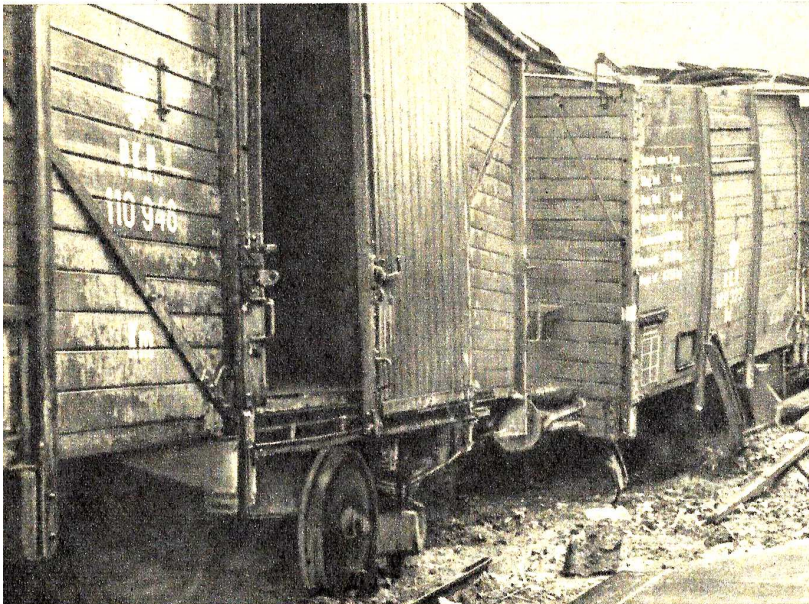
senen Polen erreicht; zugleich bildete die Verlegung der polnischen Nationsgrenze an die Oder und die Neisse einen territorialen Bestand aus, wie er zuletzt noch von der Piastendynastie im Hochmittelalter beherrscht worden war. Endlich hatte Polen durch die definitive Abtretung seiner Ostgebiete an die Sowjetunion den Preis für den Teilungsakt vom 23. August 1939 zu bezahlen, mit dem Hitler die Sowjetmacht nach Mitteleuropa hereingeholt hatte.

#### Die Verdrängung der nichtkommunistischen Kräfte in der Nachkriegsrepublik

Gemäß dem Kalkül der Sowjetregierung begann die Logik der territorialen und ethnischen Westverschiebung Polens seit Kriegsende auch in der politischen Vorstellungswelt der Nation wirksam zu werden. Gewiß blieb die „jagellonische“ Tradition im Geschichtsbewußtsein erhalten, und gewiß ging auch das Empfinden einer kulturellen und gesellschaftlichen Überlegenheit über das Russentum nicht verloren. Dennoch teilte sich der Mehrheit des Polentums die Überzeugung mit, daß angesichts der einmal durchgeführten Umsiedlungen mit einer Rückgewinnung

der „Ostmarken“ nicht mehr zu rechnen sei; andererseits konnte das als Kompensation im Westen übernommene Ostdeutschland offenbar nur in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion behauptet werden, zumal man gemäß den geschichtlichen Erfahrungen mit einer energischen deutschen Revisionspolitik sicher rechnen zu müssen glaubte. Die Millionenmasse der deutschen Heimatvertriebenen — und darin erkannte man die diabolisch geniale Berechnung Stalins — würde diesem „Revisionismus“ eine gewaltige Breitenwirkung verleihen, und Polen war mithin genötigt, in der Sowjetunion den einzigen Garanten der Kompensationsgebiete zu sehen. So unangenehm die von den drei Großmächten aufgenötigte Entscheidung zu einer hoffnungslosen deutsch-polnischen Verfeindung um der Grenzfragen willen vielfach empfunden wurde, so sehr man sich gegen eine solche „Lösung“ gesträubt hatte, so eindeutig drängte der objektive Sachverhalt und demnach auch die Staatsraison nach einer Politik guter Nachbarschaft mit dem russischen Volke, gleichviel welcher Staatsform es auch anhängen mochte. Mithin bot sich den Polen

— auch den nichtkommunistischen — eine Politik des Ausgleichs, der „Versöhnung“ mit Rußland an, wie sie nach dem gescheiterten Aufstande von 1863 praktiziert worden war. Schließlich mußte die außenpolitische Einfügung in das sowjetische Reich, wie aus dem Beispiel Finnlands hervorzugehen schien, nicht notwendig eine innerpolitisch-soziale Umformung nach sowjetischen Mustern nach sich ziehen. Man glaubte überdies auf die bewährten Kräfte geistig-seelischer Résistance vertrauen zu können, die den nationalen Bestand in dem Zeitalter der Teilungen gerettet hatten, vor allem auf die katholische Kirche, die sich in besonderem Maße als Schutzschild der Nationalität bewährt hatte. Andererseits durfte eine offene Entfaltung oppositioneller Ideen angesichts der von Kommunisten entscheidend beeinflussten Regierungspraxis nicht gewagt werden. Diese Voraussetzungen führten im Verein mit dem Umstande, daß die zugelassenen alten Parteien bei Kriegsende erst allmählich eine freie Tätigkeit entfalten konnten, die nicht zugelassenen — vor allem die adelig-bürgerliche Nationalpartei und das ehemalige Pilsudski-Lager — jedoch im Untergrunde verblieben, zu jenem seltsamen Schwanken zwischen halber Legalität und halber Illegalität, das die politische Tätigkeit der Opposition in den beiden ersten Nachkriegsjahren kennzeichnete. Damit besaß die Staatsgewalt aber die Handhabe strafrechtlichen Einschreitens, und daher konnte sie mit guten Anfangserfolgen



Die Ausbeutung des oberschlesischen Industriegebietes durch die Sowjets enttäuschte die Bevölkerung und führte zu zahlreichen Sabotageakten. Unser Bild zeigt einen gesprengten Güterzug. Foto: keystone

der polnische Episkopat — auf derartige Wünsche nicht einging, entfernte die Regierung am 26. Januar 1951 die rechtmäßigen Apostolischen Administratoren aus ihren Ämtern und ließ statt diesen durch sogenannte „Diözesanräte“ ihr genehme „Kapitularvikare“ wählen. Diese eigenmächtige staatliche Regelung sollte für mehr als fünf Jahre bestehen, obgleich sie die Kurie niemals anerkannte.

Die geschichtliche Bedeutung dieser „Westverschiebung“ Polens konnte kaum überschätzt werden. Sie machte kraft der Umsiedlungen und Vertreibungen die Voraussetzungen für jenes „jagellonische“, völkergesellschaftliche Polen zunichte, das den Inhalt der neueren Geschichte des polnischen Reiches ausgemacht hatte und um das im ersten wie auch im zweiten Weltkriege noch erbittert gerungen worden war. Sie beseitigte die für das östliche Mitteleuropa bislang so typische Durchschichtung von Ständen, Nationalitäten und Konfessionen, sie entmischte durch eine schmerzliche Operation die ethnischen Gruppen der Polen, Deutschen, Litauer, Weißruthenen und Ukrainer und löschte dergestalt jahrhundertealte Strukturen aus. Erst durch die gewaltsame Volkstumtrennung der Jahre 1945–1950 wurde die Schaffung eines ethnisch und konfessionell geschlos-



bei der Verdrängung nichtkommunistischer Kräfte und bei der Einfügung in das sowjetische Herrschaftssystem rechnen.

Der vorwaltende Einfluß der Kommunisten im Staatsleben beruhte darauf, daß sie gemäß den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Absprachen der drei Großmächte im „Landes-Nationalrat“, dem Parlament, und in der „Regierung der nationalen Einheit“ zusammen mit ihren Gefolgsparteien die Mehrheit besaßen. Soweit die kommunistische „Polnische Arbeiter-Partei“ (PPR) nicht selbst die Ministerportefeuilles innehatte, stellte sie Staatssekretäre, welche die Richtlinien der Ressorts entscheidend mitbestimmten; so stand neben dem Ministerpräsidenten Edward Osóbka-Morawski der Sekretär der PPR Władysław Gomułka als erster Stellvertreter. Außerdem befanden sich — und dies sollte für die Durchsetzung des Kommunismus ebenso entscheidend werden wie in anderen Ländern des künftigen „Ostblocks“ — die Streitkräfte der Polizei, des Sicherheitskorps und verschiedener Spezialtruppen unter dem Kommando des Sicherheitsministers Stanisław Radkiewicz (PPR), der damit zunächst über eine zahlenmäßig größere Macht als der Kriegsminister Michał Rola-Zymlerski verfügte.

Mit Hilfe dieser Streitkräfte führte die Regierung den Kampf gegen die seit dem Kriege bestehenden militärischen nichtkommunistischen Widerstandsorganisationen, vor allem gegen die Nachfolgevereinigung der einstigen nationalen „Armee im Lande“ (AK), die sogenannten „WIN“-Verbände, gegen die rechtsradikalen „Nationalen Streitkräfte“ (NSZ), und gegen die in den Südostgebieten operierende „Ukrainische Aufstands-Armee“ (UPA). Die Amnestie vom 2. August 1945 blieb nahezu erfolglos (es legten nur 9450 Mann die Waffen nieder); indessen gelang der Regierung im November 1945 mit der Verhaftung der Stäbe von WIN und NSZ ein großer Schlag. Das im Dezember 1945 konspirativ gebildete „Verständigungskomitee

Der damalige sowjetische Außenminister Molotow unterzeichnet in Moskau in Anwesenheit von Vertretern der Lubliner Regierung den russisch-polnischen Grenzvertrag vom 16. 8. 1945. Neben ihm Stalin und Wyschinski. Foto: dpa

der Untergrundorganisationen“ (PKOP) führte den Kampf zwar fort, mußte ihn jedoch im Sommer 1947 gemäß der außenpolitischen Lage allmählich einstellen.

Mit der Niederringung des militärischen Widerstandes verflocht sich die allmähliche Entmachtung der legalen Opposition. Sie erschien den Kommunisten um so dringlicher, als der Mitgliederbestand der eigentlichen Regierungspartei, der PPR, vom April bis zum Juli 1945 auf die Hälfte, d. h. auf 160 000 Mitglieder, zurückgegangen war, und da die übrigen Parteien der unter sowjetischer Ägide geschaffenen „Lubliner Koalition“ gegenüber ihren älteren und legitimeren Korrelatparteien im Lande gleichfalls ziemlich schwach waren. Hier wirkte es sich aus, daß die Mehrheit der Bevölkerung angesichts der Beteiligung des Bauernführers Stanisław Mikołajczyk an der Regierung und ihrer Hoffnungen auf die westliche Welt vielfach an die Möglichkeit eines „eigenen polnischen Weges“, eines „Mittelweges“ zwischen westlichen und östlichen Regierungsformen glaubte.

Daher forcierte die Regierung zunächst die Erweiterung und Kräftigung der Lubliner „Polnischen Sozialistischen Partei“ (PPS), deren Generalsekretariat der aus deutscher Haft heimgekehrte Josef Cyrankiewicz übernahm (1. Juli 1945). Ihr stand die Masse der traditionellen PPS (PPS—WRN) unter Zygmunt Żuławski und Kazimierz Pużak gegenüber, jener PPS, die seit ihrer Gründung aufgrund der Anschauungen Marx' antirussisch eingestellt war. In der

Der Bauernführer Stanisław Mikołajczyk bei seiner Rückkehr nach Polen im Juni 1945 auf dem Flugplatz in Posen, in Begleitung von sowjetischen Vertretern. Im Hintergrund Mitglieder der polnischen Sicherheitspolizei.

Foto: Südd. Verlag



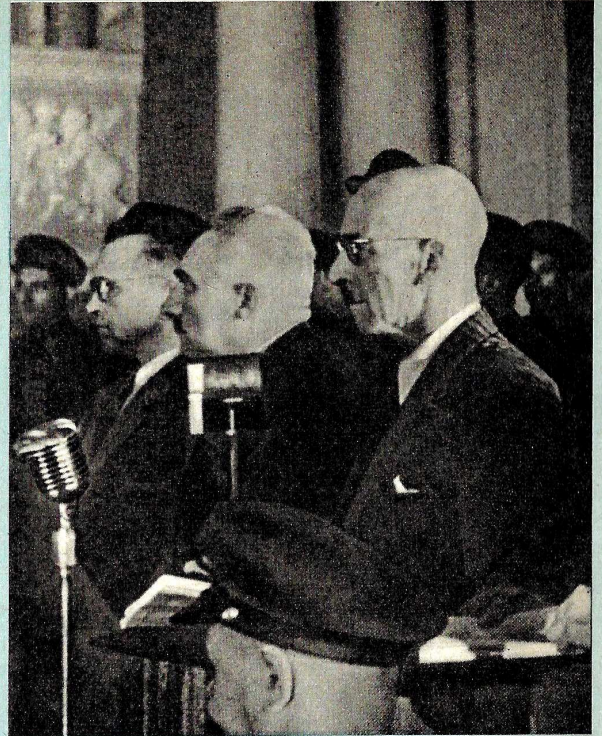
Hoffnung, die Lubliner PPS unterwandern zu können, fand sich die Anhängerschaft Żuławskis zu einer Fusion bereit, die im Dezember 1945 auch zustande kam; indessen führten die inneren Spannungen schon im Oktober 1946 zum Austritt der Gruppe um Żuławski. Daraufhin geriet die PPS durch das **Abkommen vom 28. November 1946**, das eine „organische Einheit“ mit der PPR vorsah, unter die Kontrolle der letzteren; jegliche oppositionelle Aktivität war für die PPS damit unmöglich geworden. Unter den bürgerlichen oder adeligen Parteien blieb die Lubliner „Demokratische Partei“ (SD) klein und einflusslos, zumal die Mehrheit der älteren bürgerlich-adligen Politiker von legaler politischer Tätigkeit ausgeschlossen war. Die von Karol Popiel neu organisierte „Partei der Arbeit“ — etwa der deutschen Zentrumspartei vergleichbar — mußte den Ausschluß ihrer Abgeordneten aus dem Landes-Nationalrat, die Beschlagnahme ihrer Häuser und Zeitungen und das Verbot ihres ersten Parteitags hinnehmen; sie wurde mithin fortan zu einer unbedeutenden Splitterpartei.

Unter diesen Umständen fiel der **bäuerlichen „Volks-Partei“ (SL)** eine Schlüsselstellung unter den oppositionellen Parteien zu, da sie unter der Bauernschaft seit Jahrzehnten begründetes Ansehen genoß. Der am 31. Oktober 1945 zum Parteivorsitzenden gewählte Stanisław Mikołajczyk suchte das Lubliner SL durch eine Fusion aufzusaugen, was jedoch die Regierung — u. a. durch zahlreiche Verhaftungen — erfolgreich verhinderte. Dennoch wuchs der Mitgliederbestand des SL (das sich in „PSL“) umbenannt hatte) bis zum Januar 1946 trotz aller administrativen Bedrückungen auf rund 600 000 an; der erste Parteitag in Warschau (19.—21. Januar 1946) bewies seine innere Stärke und seine breite Verwurzelung im Bauerntum.

Die **parteilpolitische Konstellation** war angesichts der in Potsdam versprochenen „freien, unbehinderten Wahlen“ von erheblicher Bedeutung. Gomułka hatte im Dezember 1945 eine Regierungskoalition aus der PPR, der PPS, dem SD und dem Lubliner SL, den sogenannten „Demokratischen Block“, zustandegebracht; da die Verhandlungen über den Beitritt des PSL am 25. Februar 1946 scheiterten, wurde dieses auf die Rolle der einzigen Oppositionspartei verwiesen. Da sich die Regierung eines ihr genehmen Wahlergebnisses offenbar noch nicht sicher war, ließ sie am 31. März 1946 vorschlagen, zunächst einmal einen Volksentscheid, ein „Referendum“, durchzuführen, in dem die Wählerschaft über (1) die Abschaffung des Senats\*, (2) die Billigung der seit Juli 1944 eingeleiteten Agrarreform und (3) die Oder-Neiße-Grenze abstimmen sollte. Sicherlich glaubte die Regierung, mit dieser populären Fragestellung erhebliche, von der parteipolitischen Bindung unabhängige Mehrheiten erzielen zu können. Das PSL entschloß sich auf Betreiben Mikołajczyks zu einer Machtprobe; die oppositionelle Haltung sollte durch ein „Nein“ auf die erste Frage zum Ausdruck gebracht werden. Indessen wurde die Wahlpropaganda des PSL durch Verhaftungen stark behindert. Dennoch erbrachte die Abstimmung am 30. Juni 1946 der Regierung eine eindeutige Niederlage. Für die 2805 Wahlbezirke, in denen Vertrauensleute des PSL an der Stimmzählung teilgenommen hatten, konnten diese 83,5% Nein-Stimmen bei der Beantwortung der ersten Frage feststellen. Das offizielle Ergebnis, das erst zehn Tage nach der Abstimmung bekanntgegeben wurde, lautete freilich dahin, daß von 11 530 000 abgegebenen gültigen Stimmen 68,0% die erste Frage mit „Ja“ beantwortet hätten.

Nachdem die demokratische Legitimität der Regierungspolitik durch dieses plebiszitäre Referendum vor der Welt erwiesen schien, schrieb die Regierung auch die lange verzögerten **Wahlen zum „Verfassungsgebenden Reichstag“** aus (Wahlgesetz vom 21./22. September 1946). Die Wahlordnung besaß formal demokratischen Charakter, vor allem durch die Gewährung des allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlrechtes, beließ aber der Regierung reiche Möglichkeiten der Wahlleitung, insbesondere durch die „Wahlkreisgeometrie“ im dünnbesiedelten Ostdeutschland und durch die Aberkennung des Wahlrechtes für ganze Wählergruppen. Das Wahlrecht

\*) Im Lubliner Komitee war die 1921—1935 in Kraft befindliche Verfassung, die nach französischem Muster ein Zweikammersystem vorsah, als wieder gültig betrachtet worden.



Als am 17. Januar 1945 die Rote Armee in Warschau einrückte, wurden die polnische Untergrundbewegung der „Sabotage“ angeklagt und ihre Führer vor Gericht gestellt. Einige der Angeklagten sind noch heute in sowjetischen Gefängnissen. Im Bild ein Ausschnitt aus der Verhandlung gegen 16 Führer der polnischen Untergrundbewegung. Foto: keystone

dürfte nahezu einer Million Wählern aberkannt worden sein; in 10 von insgesamt 52 Wahlkreisen, die rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung Polens umfaßten, wurden die Kandidaten des PSL von den Wahllisten gestrichen. Mithin ergaben die Wahlen vom 19. Januar 1947 — auch diesmal erfolgte die Stimmabgabe teilweise offen — einen Sieg des „Demokratischen Blocks“; auf ihn entfielen offiziell 80,1% aller Stimmen, während das PSL nur 10,3% erhielt. Nach den Mitteilungen der PSL-Vertrauensleute, die in 1300 von insgesamt 5200 Wahlbezirken an der Auszählung teilgenommen hatten, waren dort jedoch tatsächlich 60—80% aller Stimmen für das PSL abgegeben worden. Die darauf gegründeten Einsprüche Mikołajczyks und die diesbezüglichen Proteste der USA sowie Großbritanniens blieben freilich wirkungslos. Bei der Mandatsverteilung erhielt der „Demokratische Block“ 394 von 444 Mandaten, das PSL jedoch nur 27 oder 6%.

Der „Verfassungsgebende Reichstag“ trat am 4. Februar 1947 zusammen, um am folgenden Tage Bolesław Bierut, Mitglied des Politbüros der PPR und seither Parlamentspräsident, zum Staatspräsidenten zu wählen; am 19. Februar wurde ein neues Staatsgrundgesetz, die sogenannte „Kleine Verfassung“, verabschiedet, die von nun an für fünf Jahre in Kraft bleiben sollte. Sie hatte formal demokratischen Charakter, durchbrach das demokratische Prinzip jedoch häufig, namentlich durch die Übertragung legislativer und kontrollierender Funktionen an den neugebildeten Staatsrat. Die am 7. Februar 1947 konstituierte Regierung unter Józef Cyrankiewicz ähnelte in ihrer personellen Zusammensetzung der bisherigen, stand aber weit stärker unter dem Einfluß der PPR, zumal Mikołajczyk jetzt aus ihr ausschied. Als machtbegabteste Minister oder Staatssekretäre sollten sich rasch diejenigen erweisen, die zugleich Mitglieder des Politbüros der PPR waren, insbesondere also Władysław Gomułka, Aleksander Zawadzki, Hilary Minc, Jakub Berman und Stanisław Radkiewicz.

Nach der Ausschaltung des PSL schien sich für oppositionelle Politiker noch eine letzte Möglichkeit legalen





Eine vor den Wahlen vom 19.1.1947 durchgeführte Demonstration der polnischen Bauernpartei. Nur 27 der 444 neuen Parlamentssitze wurden an diese Partei vergeben, obwohl sie eine Stimmenmehrheit von 60–80% aller Stimmen errungen hatte. Foto: Südd. Verlag

Widerstandes in der PPS zu bieten; dies verhinderte die Regierung jedoch durch die im Mai und Juni 1947 durchgeführte **Verhaftungswelle**, der rund 200 Führer der WRN-Richtung, darunter Kazimierz Pużak, zum Opfer fielen. Zugleich wurde die PPS unter der Kontrolle der PPR so gründlich „gereinigt“, daß sie um die Mitte des Jahres 1947 etwa 150 000 Mitglieder verlor und damit numerisch unter deren Stärke herabsank.

Die außenpolitische Entsprechung zu den gewaltsamen Veränderungen der innenpolitischen Struktur bildete die **allmähliche Lösung Polens von der westlichen Welt**. Sinnfälliger wurde diese Entwicklung, als das polnische Kabinett

die Teilnahme an der Pariser Marshallplankonferenz am 7. Juli 1947 ablehnte: Damit entschied sie sich nicht nur über die endgültige Eingliederung der polnischen Nationalwirtschaft in das ökonomische System des Ostblocks, sondern sie ließ zugleich auch die letzten außenpolitischen Chancen der Opposition entfallen. Dieser Umstand machte sich vor allem für das PSL empfindlich bemerkbar; Mikołajczyk, der die Verhaftung zu fürchten hatte, floh am 21. Oktober 1947 mit Hilfe des US-Botschafters außer Landes, gefolgt von seinem Parteifreund Korboński und von dem früheren Chef des SP Popiel. Der Versuch einstiger bürgerlicher Politiker, durch ihre Mitarbeit in einem kommunistisch gelenkten Staate Reste alter politischer Gesinnungen für die Nation zu retten, war damit definitiv gescheitert. Auch das PSL wurde nun den Parteien des „Demokratischen Blocks“ gleichgeschaltet. Der Gestalt war die Periode des „eigenen Polnischen Modells“ beendet; der Weg zur vollkommenen Angleichung an das sowjetische Regierungssystem war nunmehr frei.

Die Regierung der sowjetischen Besatzungszone verzichtete in einem am 6.7.1950 abgeschlossenen Grenzvertrag auf die ostdeutschen Gebiete und erklärte die Oder-Neiße-Linie zur „endgültigen Friedens- und Freundschaftsgrenze“. Im Bild von links nach rechts: Der polnische Vizeminister des Auswärtigen Wierblowski, Ministerpräsident Cyrankiewicz und der Vertreter der SBZ Grotewohl. Foto: Südd. Verlag



#### Die Umbildung Polens zur „Volksdemokratie“

Infolge der endgültigen Entmachtung aller Oppositionsparteien war die PPR zur allein bestimmenden politischen Kraft im Lande geworden, und daher sollten von nun an alle innerpolitisch-ideologischen Auseinandersetzungen in ihren Reihen ausgetragen werden. Die Absicht Stalins, die Länder des Ostblocks zu „Volksdemokratien“ umzuformen, fand ihren sprechenden Ausdruck in dem Prager Umsturz vom 25. Februar 1948, und sie sollte offensichtlich in zwei Richtungen vorangetrieben werden: Einmal



Die endgültige Vereinigung von PPR und PPS zur „Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei“ (PZPR) im Dezember 1948 in Warschau. Foto: dpa

schien es notwendig, durch eine Fusion der kommunistischen mit der sozialistischen Partei die erwünschte „Einheit der Arbeiterklasse“ herzustellen, zum anderen war augenscheinlich eine Zurückdrängung oder Beseitigung der „Nationalkommunisten“ zugunsten der in der Sowjetunion geschulten und als absolut sowjettreu geltenden Funktionäre erforderlich. Diese beiden Tendenzen verknüpften und überkreuzten sich in Polen in besonders eigenartiger Weise.

Schon seit dem 1. Mai 1947 hatten Gomułka und Cyrankiewicz über die Fusion von PPR und PPS verhandelt, und nach dem Prager Putsch wurde die Vereinigung in allen Einzelheiten abgesprochen, was sich u. a. in dem Austritt der PPS aus der Sozialistischen Internationale am 23. März 1948 bemerkbar machte. Die endgültige Fusion wurde jedoch durch die sogenannte **Gomułka-Krise** aufgehalten.

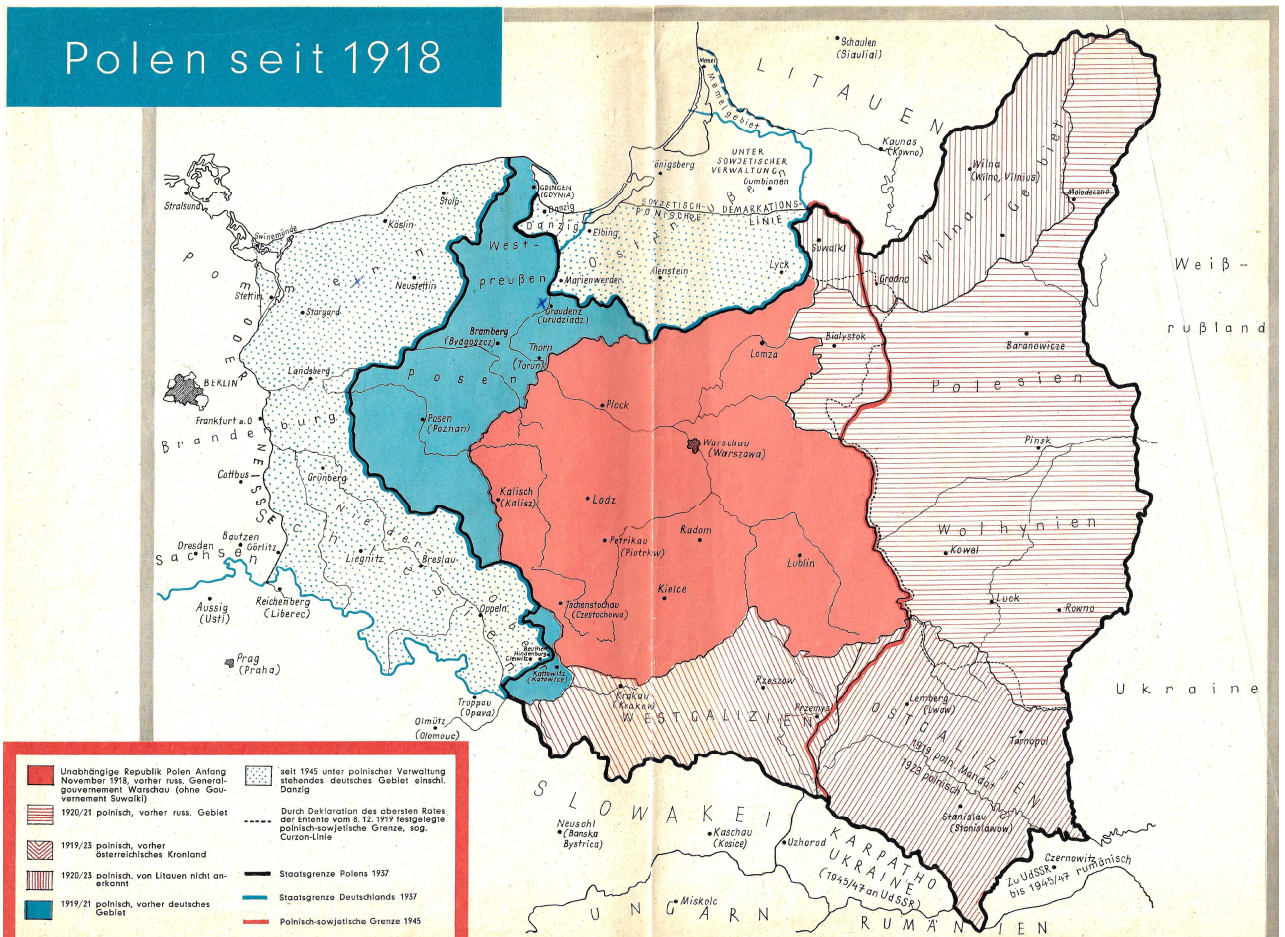
Innerhalb der PPR standen sich die Gruppe jener Kommunisten, die den Untergrundkampf des zweiten Weltkrieges durchweg im Lande geführt hatten und sich in erster Linie als Anwälte der Nation gegenüber der UdSSR fühlten, und die der sowjetisch geschulten einstigen Kominternpolitiker, der „Leute von der Oka“, seit langem unfreundlich gegenüber. Wüschtedie „Nationalen“ — also neben Gomułka insbesondere Marian Spychalski, Władysław Bieńkowski, Zenon Kliszko und Ignacy Łoga-Sowiński — eine versöhnliche Haltung gegenüber der PPS und gegenüber Tito, so suchten ihre Gegner Bierut, Berman, Minc, Zawadzki, Radkiewicz und Edward Ochab eine möglichst getreue Nachahmung sowjetischer Vorbilder durchzusetzen. Die Entscheidung über die Auseinandersetzung zwischen den beiden Fraktionen fiel auf der ZK-Sitzung vom 31. August bis 3. September 1948, die sich ganz überwiegend mit Gomułka und seinen „Rechtsabweichungen“ befaßte. Sie endete damit, daß Gomułka als Parteisekretär zurücktrat und Bierut als „Vorsitzender des ZK“ die Parteiführung übernahm. Der kaltgestellte Gomułka rettete durch seine Selbstkritik wenigstens noch seine Mitgliedschaft im ZK

und seine Ministerämter; seine Anhänger fielen mit ihm (außer Spychalski, der — offensichtlich unter Druck — die Wendung zur stalinistischen Fraktion vollzog).

Nunmehr leitete die „Moskauergruppe“ die Verschmelzung mit der PPS erneut in die Wege, während Cyrankiewicz seinerseits eine „Säuberung“ innerhalb der PPS durchführte, der sogar die einstigen Verfechter der Fusion teilweise zum Opfer fielen. Die wiederholten Reinigungen verminderten zusammen mit freiwilligen Austritten die PPS so sehr, daß sie von 800 000 Mitgliedern (Dezember 1946) auf 450 000 zusammenschmolz; sie war damit nur noch halb so stark wie die PPR. Die endgültige **Vereinigung beider Parteien zur „Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei“ (PZPR)** wurde am 15. Dezember 1948 vollzogen. Entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der beiden Gliedparteien bei der Fusion wurden die Parteiämter besetzt. Das neue Politbüro zählte 8 PPR- und nur 3 PPS-Vertreter, darunter Bierut, Cyrankiewicz, Zawadzki, Berman, Minc, Radkiewicz, Rapacki und Spychalski; außer dem letzteren waren alle unbedingte Anhänger des „Moskauer Kurses“.

Nach der Verschmelzung wurde die endgültige Entmachtung der Gomułka-Gruppe durchgeführt. Gomułka verlor seine Ministerämter (21. Januar 1949) und am 11./13. November 1949 zusammen mit Spychalski und Kliszko auch seine Mitgliedschaft im ZK. Es sprach jedoch in gleicher Weise für die Schwäche der erhobenen Anklagen wie für das empfindliche Rechtsgefühl der Nation, daß alle drei erst sehr viel später in Haft genommen wurden; Bierut ließ keinen Prozeß gegen sie anstrengen, obgleich solche Rechtsverfahren gegen „Nationalkommunisten“ in anderen Ländern des Ostblocks damals an der Tagesordnung waren. Die sowjetische Einflußnahme reichte offenbar wohl zur Absetzung, nicht aber zur gerichtlichen Verurteilung der Gomułka-Gruppe hin.

Die Bildung einer Arbeiter-Einheitspartei gab das Beispiel für die **Fusion der Bauernparteien** ab, die am 27./29. November 1949 vorgenommen wurde. Die Führung der



„Vereinigten Volkspartei“ (ZSL) übernahmen Józef Niećko und der Reichstagsmarschall Władysław Kowalski. Mit diesem Akt hatte die Parteienstruktur ihre starre, künftig nicht mehr gewandelte Form gefunden: Neben der herrschenden PZPR bestanden fortan nur noch zwei Gefolgsparteien, das ZSL und das SD.

Die Vereinheitlichung des Parteienwesens wurde durch die „Gleichschaltung“ der Wehrmacht ergänzt. Der beabsichtigte gänzliche Umbau des Staatswesens konnte nicht gewagt werden, wenn nicht neben die in sowjetischem Sinne zuverlässige PZPR und die Polizeitruppen eine zuverlässige Armee trat. Außenpolitische Erwägungen, namentlich die Rücksicht auf die am 4. April 1949 erfolgte Unterzeichnung des Atlantikpaktes und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland am 7. September 1949 taten ein übriges. Daher wurde Kriegsminister Rola-Zymierski — sein Vizeminister Spychalski hatte schon am 7. April demissionieren müssen — am 6. November 1949 vollkommen überraschend durch den sowjetischen Marschall Konstantin Rokossowski (der polnischem Kleinadel entstammte und in Polen dank seiner passiven Haltung während des Warschauer Aufstandes wohlbekannt war) abgelöst. Rokossowski nahm die völlige Umgestaltung der Armee vor. Er suchte sie durch enge Verbindung mit der PZPR und durch den Ausbau des politischen Unterrichts zum zuverlässigen Instrument zu machen. Zugleich ließ er die polnischen Offiziere der Vorkriegsarmee aus allen höheren Kommandostellen entfernen und durch sowjetische — oft polnischer Abkunft — ersetzen; der in diesem Zusammenhang durchgeführte Schauprozeß gegen die vier Generale Mossor, Tatar, Kirchmayer und Herman (31. Juli bis 13. August 1951) erregte viel Aufsehen. Endlich führte Rokossowski die Aufrüstung und Vermehrung der bis zum Herbst 1949 recht schwachen Armee durch, wobei die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 4. Februar 1950 die Erhöhung des aktiven Bestandes auf 500 000 Mann ermöglichte. In welchem Maße Rokossowski auch politische Funktionen in der Gesamtstaatsregierung übernahm wurde deutlich, als er am 10. Mai 1950 in das Politbüro der PZPR aufgenommen wurde.

In der staatlichen Planung lag das Schwergewicht auf der Wirtschaftspolitik, über die der Leiter der am 10. Februar 1949 gebildeten Plankommission, Hilary Minc, gebot. Der Ausbruch des Korea-Krieges am 21. Juni 1950 beför-



Der sowjetische Marschall Konstantin Rokossowski, von November 1949 bis November 1956 Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte und Kriegsminister bei einer Ansprache im polnischen Parlament. Foto: Südd. Verlag

derte die Konzeption eines „Sechsjahresplanes“, der am 15./16. Juli 1950 vom ZK der PZPR beschlossen, am 21. Juli 1950 gesetzlich festgelegt wurde und den „Umbau zur sozialistischen Wirtschaft“ vollziehen sollte; darüber hinaus sollte Polen unter Vernachlässigung des Konsumbedarfes zum hochentwickelten Industriestaat mit kollektiver Landwirtschaft gemacht werden. Dieser Straffung der Wirtschaftspolitik entsprechend, teilweise sogar in ihrem direkten Interesse, wurde eine umfassende Reorganisation der Verwaltung durchgeführt. Die Nationalräte, die bisher in den Gemeinden, Kreisen und Wojewodschaften legislative Aufgaben erfüllt hatten, wurden durch das Gesetz vom 20. März 1950 nun auch mit exekutiver

Die Eröffnungssitzung der Warschauer-Pakt-Konferenz vom Mai 1955.

Im Bild vorne links die polnische Delegation: Marschall Konstantin Rokossowski und Ministerpräsident Cyrankiewicz. Foto: keystone

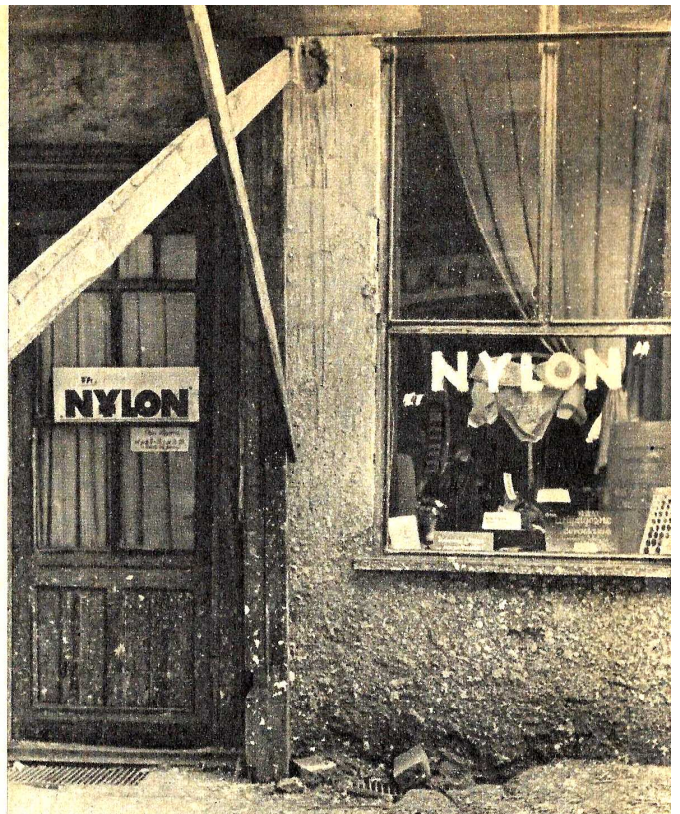


Gewalt betraut; die klassische Gewaltenteilung verschwand, um der Allmacht eines von der PZPR bis in die kleinste Gemeinde hinein beherrschten Staatswesens Platz zu machen.

Die Verwaltungsreform bildete lediglich die Vorstufe für die **neue Staatsverfassung**, die von der Konstituante am 22. Juli 1952 verabschiedet wurde. Mit der konsequenten Aufhebung der Gewaltentrennung nach sowjetischem Muster korrespondierte die theoretische Macht des Reichstages, der als höchstes Organ im Staate zugleich Träger der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt sein sollte, auch befugt war, die Regierung zu bilden. Indessen blieben diese Kompetenzen ohne praktische Bedeutung, da alle wesentlichen Entscheidungen nach wie vor im Politbüro oder im ZK der PZPR gefällt wurden und mithin die entsprechenden Beschlüsse der Staatsorgane rein formaler Natur waren. Im Einklang mit der neuen Konstitution wurden am 26. Oktober 1952 Reichstagswahlen durchgeführt, für die jedoch nur eine einzige Wahlkarte der „Nationalen Front“ — sie enthielt nach einem festgelegten Schlüssel die Kandidaten der PZPR, des ZSL, des SD und der Massenverbände — aufgestellt worden war. Daher brachte das Wahlergebnis keine Überraschung: 99,8% aller abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die „Nationale Front“, so daß gemäß dem festliegenden Kandidatenschlüssel 273 Mandate für die PZPR, 90 für das ZSL und 25 für das SD zur Verfügung standen (Gesamtzahl der Mandate: 425). Der am 20. November 1952 konstituierte Reichstag beauftragte Bierut mit der Kabinettsbildung, die am 22. November 1952 — mit einer infolge der Verstaatlichung der Wirtschaft auf 35 angestiegenen Zahl von Ministerien — zustande kam. Die eigentlichen Regierungsentscheide fielen freilich in dem „Inneren Kabinett“ der acht stellvertretenden Ministerpräsidenten, unter denen die Politbüro-Mitglieder Bierut, Cyrankiewicz, Minc, Nowak, Berman und Rokossowski die wesentlichen Machtträger darstellten.

Die Besetzung aller leitenden Stellen in Partei, Staat, Wirtschaft und Armee mit sowjetischen Vertrauensleuten oder „Beratern“, die vollkommene Angleichung der politischen und ökonomischen Verfassung des Landes an sowjetische Vorbilder, wie sie um 1949—1952 vollzogen wurde, rief die **Unzufriedenheit nahezu der gesamten Nation** wach. Man wurde gewahr, daß die Statthalter Stalins nicht mehr jene sozialistischen Revolutionäre waren, die noch 1917 mit ihren polnischen Genossen zusammengearbeitet und die Unabhängigkeit Polens gefordert hatten — sie glichen offenbar viel mehr den Generalen und Diplomaten der zaristischen Ära, griffen indessen viel stärker in das Gesellschaftsgefüge ein als diese. Derartige in Polen stets wirksame historische Reminiszenzen führten auch deshalb zu Mißmut, ja Empörung, weil in der Arbeiterschaft und in den Kreisen der linken Intelligenz wohl bekannt war, mit welcher Leidenschaft sich Marx und Engels für ein unabhängiges antizaristisches Polen in den Grenzen von 1772 eingesetzt hatten. Die breiten Massen der Arbeiter und Bauern beklagten vor allem den Mangel an Bedarfsgütern, die sehr niedrigen Realeinkommen und die pauperisierende Wirkung der Währungsreform vom 30. Oktober 1950 — das war der Preis, der für die Gigantomane der überstürzten Industrialisierung zu bezahlen war. Die **Intelligenz** fühlte sich weithin durch die progressive „Sowjetisierung“ des kulturellen Lebens verstimmt, insbesondere etwa durch den organisatorischen Umbau des Hochschulwesens nach sowjetischen Mustern, durch die Überformung der Historiographie mit sowjet-marxistischen Kategorien oder durch die Reglementierung von Kunst und Literatur gemäß den Prinzipien des „Sozialistischen Realismus“. Dergestalt begann sich die innere Scheidung zwischen Volk und Regierung gerade zu jener Zeit stärker zu manifestieren, in der die Ausformung des Machtstaates vollendet wurde. Daher wandten sich die Hoffnungen der Nation immer mehr jener Institution zu, die sich als einzige noch ein gewisses geistiges Eigenleben hatte bewahren können: der katholischen Kirche Polens.

Für die **katholische Kirche** war die Periode 1945—1949 eine Ära der Heilung der Kriegsschäden und damit auch eines gewissen Wiederaufblühens gewesen, zumal die Regie-



Zwei Bilder aus dem polnisch verwalteten Breslau — nicht aus dem Jahre 1946, sondern aus dem Jahre 1956.

Foto: Südd. Verlag

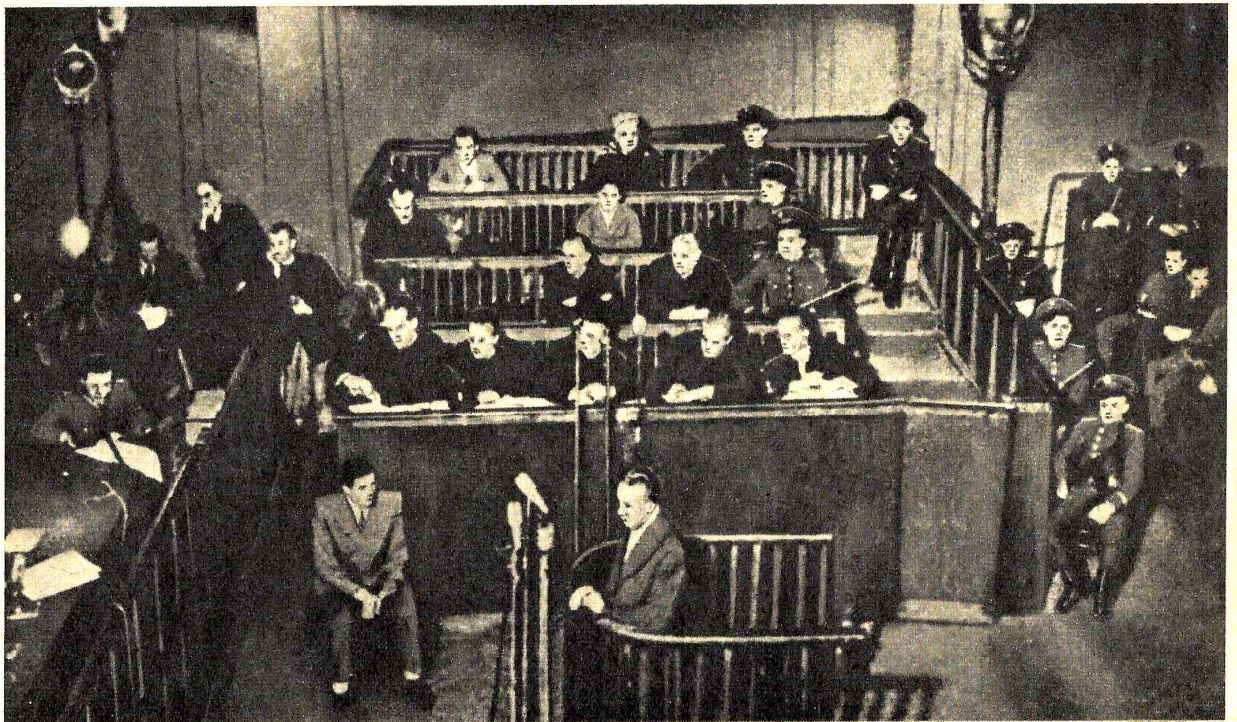


rung das innerkirchliche Leben wohl eingeschränkt, nicht eigentlich aber behindert hatte. Erst der Erlass des päpstlichen Exkommunikationsdekrets gegen Kommunisten vom 1. Juli 1949 gab den äußeren Anlaß zur Einleitung jenes Kirchenkampfes, der beispielsweise in Ungarn oder der CSR schon früher ins Werk gesetzt worden war. Er begann mit einem scharfen Propagandafeldzug gegen Vatikan und Kirche, dem die Beschlagnahme des kirchlichen Landbesitzes und der „Caritas“ folgten; ein Abkommen zwischen Regierung und Episkopat vom 14. April 1950 brachte nur vorübergehende Entspannung, da die Regierung die Politik einer administrativen Bedrückung der Kirche fortsetzte und sich mit dem Artikel 70 der neuen Verfassung vom 22. Juli 1952 eine neue Handhabe gegen den Klerus schuf. Die offene Kirchenverfolgung wurde freilich erst mit dem **Krakauer Schauprozeß** vom 21.—27. Januar 1953, der einigen Klerikern der Krakauer Kurie galt, freigegeben; die antikirchliche Pressekampagne richtete ihre Spitze nunmehr vor allem gegen den Primas Stefan Wyszyński, der am 12. Januar 1953 zum Kardinal ernannt worden war. Am 9. Februar 1953 erging der Erlass „Über die Besetzung von Kirchenämtern“, der dem Staate die volle Kontroll-

Gründen. Über diese Brücke politischer Opposition hinweg konnten die Kirchen ihre geistliche Wirkungskraft erweitern und vertiefen. Es sprach für die Resistenzfähigkeit etwa der katholischen Kirche, daß sie sogar die Existenz der „Katholischen Universität Lublin“ (der einzigen ihrer Art im gesamten Ostblock) zu retten vermochte. Endlich bildete es ein Indiz für die nur stärker werdende Verwurzelung der Kirchen in der Gesamtnation, wenn jede kirchenfeindliche Maßnahme ihr Echo in einem zeitweiligen Produktionsrückgang fand. Mithin legte das Verhältnis von Staat und Kirche um 1953 Zeugnis dafür ab, daß die Vollendung des autokratischen Machtstaates mit einer fortschreitenden moralischen Entfremdung zwischen Volk und Regierung bezahlt werden mußte.

#### Von Stalins Tod bis zum Polnischen Oktober

Das totalitäre Staatswesen erfuhr durch den Tod Stalins (5. März 1953), den Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (17. Juni 1953) und durch den Sturz Berijas (10. Juli/23. Dezember 1953) keine strukturellen Wandlungen. Bierut konnte seine doppelte Füh-



gewalt über die Kirche — namentlich kraft des verlangten Treueides — verschaffte; am 22. September 1953 brachte ein politisches Urteil hohe Kerkerstrafen gegen den seit 1951 inhaftierten Bischof Kaczmarek und drei andere Geistliche. Endlich wurde auch Wyszyński selbst, der die kirchliche Verdammung Kaczmareks verweigerte, am 26. Januar 1953 in Haft genommen. Daraufhin legten alle noch in Freiheit befindlichen Bischöfe und Kapitularvikare — ein rundes Viertel des gesamten Klerus war in Haft — den verlangten Treueid vor dem Ministerpräsidenten Cyrankiewicz am 17. Dezember 1953 ab. Auch die polnische Kirche schien nunmehr zu jenem „modus moriendi“ verurteilt zu sein, dem die Kirchen anderer Ostblockstaaten schon früher unterworfen worden waren.

Indessen verschaffte eben jene machtmäßige Bewältigung durch den Staat der Kirche moralische Eroberungen, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr hatten verzeichnet werden können. Zahlreiche Opponenten der bürgerlichen Intelligenz, der Arbeiterschaft und sogar der PZPR — darunter Gruppen, die traditionell antiklerikal eingestellt gewesen waren — traten auf die Seite der Kirchen (auch bei den evangelischen und den Freikirchen waren ähnliche Erscheinungen zu beobachten) zunächst aus rein politischen

Ein Ausschnitt aus dem Krakauer Schauprozeß vom Januar 1953, der die unverhüllte Kirchenverfolgung in Polen offenbarte. Katholische Priester wurden der Spionage angeklagt und zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt.

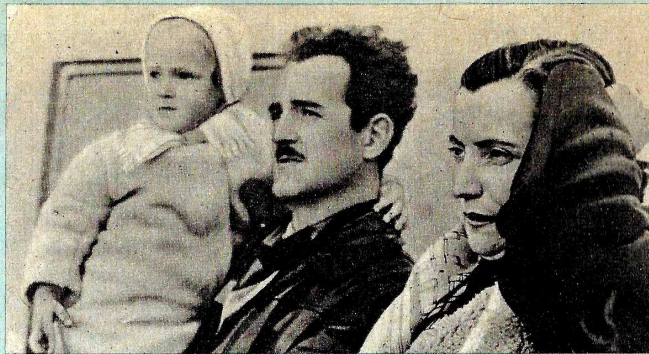
Foto: Ullstein

ruungsposition als Parteichef und Ministerpräsident zunächst behaupten, obgleich diese der Machtordnung in anderen Ostblockstaaten nicht mehr entsprach. Die Regierungspraxis war dagegen gewissen Wandlungen ausgesetzt, zu denen namentlich die schlechte Versorgung mit Verbrauchsgütern zu nötigen schien. Auf dem **II. Kongreß der PZPR**, der vom 10.—17. März 1954 unter Anwesenheit Chruschtschows abgehalten wurde, zogen die Berichterstatter Bierut, Minc, Nowak und Ochab eine Bilanz, die trotz der erzielten Fortschritte in der Industrialisierung in wesentlichen Punkten negativ war. Lediglich ein Zehntel des landwirtschaftlichen Nutzlandes hatte bisher kollektiviert werden können; die ökonomische Unzufriedenheit der Massen fand ihren bedenklichsten Ausdruck darin, daß der Mitgliederbestand der PZPR 1948—1954 absolut um etwa 200 000, unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum erfolgten Neuaufnahmen um etwa 500 000 zurückge-

gangen war (Mitgliederzahl im Februar 1954: ca. 1 297 000). Daher mußten Abstriche an dem Industrialisierungsprogramm vorgenommen werden, wenn auch der einmal eingeschlagene Weg zum Industrieausbau — wollte man die investierten Summen nicht abschreiben — nicht grundsätzlich verlassen werden konnte. Dergestalt trafen Chruschtschow und die Führer der PZPR die Entscheidung für einen Kurs der „halben Maßnahmen“, einen Kurs, der die gesamte Staatspolitik bis zum Oktober 1956 bestimmen sollte.

Noch auf dem II. PZPR-Kongreß, am 18. März 1954, gab Bierut das Ministerpräsidium an Cyrankiewicz ab, behielt aber die Parteiführung als „Erster Sekretär“; Regierung, ZK, Politbüro und Parteisekretariat erfuhren geringfügige personelle Umbildungen, welche im ganzen die einstige PPS-Fraktion noch mehr schwächten. Das Gefüge der neuen Spitzengliederung war allerdings schon Ende 1954 schweren Erschütterungen ausgesetzt, und zwar infolge der „Enthüllungen“, die der in den Westen geflohene Oberst des Sicherheitsdienstes Swiatko damals machte. Das am meisten kompromittierte Sicherheitsministerium wurde am 7. Dezember 1954 aufgelöst. Minister Radkiewicz zum Leiter der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe degradiert, die meisten seiner Mitarbeiter entlassen oder gar verhaftet. Dem neugebildeten „Sicherheitskomitee“ wurde die Verfügungsgewalt über die Polizei, den Grenzschutz und das Sicherheitskorps entzogen; diese Verbände unterstanden fortan dem wiedererrichteten Innenministerium.

Die Zerschlagung des bisher nahezu allmächtigen Sicherheitsministeriums, das bislang wenigstens 100 000 kriminelle und politische Gefangene in seinem Gewahrsam gehalten hatte, bildete nur ein erstes Anzeichen für das Ausmaß der Konzessionen, die das Regime von nun an machen mußte. Gewiß waren die ersten Impulse zur Lockerung der Regierungspraxis von der sowjetischen Führung ausgegangen; dennoch aber mußte jetzt damit gerechnet werden, daß oppositionelle Kräfte eine Liberalisierung weit über das beabsichtigte Maß hinaus fordern würden. Der Prozeß der Industrialisierung und Bürokratisierung hatte in Polen wohl ältere Wurzeln, war aber nach dem Kriege auf wenige Jahre, vor allem auf die Periode von 1950—1953, zusammengedrängt worden. Der neugeschaffene „Dritte Stand“, mithin also die Masse der alten und neuen Intelligenz, der staatlichen, syndikalen, kommunalen und Partei-Beamten, der Wirtschaftsdirektoren, Techniker und Wissenschaftler, der insgesamt wohl ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte, hatte nicht wie in anderen Ländern Europas Generationen hindurch Zeit gehabt, sich den neuen Lebensformen geistig anzupassen. Die Angehörigen dieser Schicht lebten zumeist noch aus dem Bewußtsein älterer privater Ordnungen, und die neugeschaffene staatliche Allmacht hatte — ganz anders als etwa in der Sowjetunion — wohl



Immer wieder versuchen von den Kommunisten verfolgte Polen die Flucht in den freien Westen. Dieser polnische Oberleutnant landete mit seiner Frau und seinem 2jährigen Töchterchen nach seiner Flucht in einem offenen Sportflugzeug auf der dänischen Insel Bornholm.

Foto: keystone

materiell, nicht aber geistig Gewalt über sie. Noch immer befand sich eine stattliche Anzahl von Trägern alter Adelsnamen (vor dem Kriege stellte fast die gesamte Intelligenz ein Derivat des Adels dar) unter ihnen, die sich zumeist aus rein patriotischen Motiven zu Verfügung gestellt hatten. Auf diese Intelligenzschicht konnte diese Regierung um so weniger verzichten, als die Massenvernichtungen des Krieges und die Emigration von 1939/40 bzw. 1944/46 den Bestand der Intelligenz im Lande furchtbar dezimiert hatten, wogegen die nachwachsende junge Intelligenz zahlenmäßig noch nicht hinreichte. Aus solchen Voraussetzungen heraus erklärte sich das eigenartige Wechselspiel von halben Zugeständnissen und weitergehenden Forderungen, das die Beziehungen von Nation und Regierung bis nach dem „Polnischen Oktober“ kennzeichnete.

Neben dem allgemeinen Unmut über die elenden Lebensverhältnisse stellte das patriotische Empfinden, dem sich kräftige antirussische Sentiments beimischten, die stärkste Triebkraft der stummen Kritik dar. Gewiß dachte die polnische Intelligenz nach wie vor realistisch genug, um sich mit der gewaltsamen Einfügung in den russischen Machtbereich rational abzufinden; dennoch aber schmerzte es sie tief, sich der Hegemonie eines Volkes unterwerfen zu müssen, das — wie Czesław Miłosz es formulierte — „noch immer unzivilisiert und primitiv ist“, während doch die polnische Kultur objektiv stets dem römischen Kulturkreis angehört hatte, und die Polen mithin gewohnt waren, „nach Frankreich, England, Italien wie nach einer vertrauten Heimat zu blicken“. Bisweilen überwogen derartige antirussische Empfindungen die antideutschen, und dies trotz der entsetzlichen Erfahrungen der düsteren Okkupationszeit. Gerade angesichts der innigen Verflechtung der polnischen mit der gesamteuropäischen Kultur verstärkten patriotische Motive die Forderungen aus den Bereichen der Dichtung, der Musik, der Kunst, des Rechts. Die elementare Empörung über die Verletzung der seit Jahrhunderten heilig gehaltenen Rechtssicherheit, der Ruf nach Rechtsstaatlichkeit waren die stärksten Antriebe zur Beseitigung des Staatssicherheitsministeriums. Gänzlich abgelehnt wurde die Dienstbarmachung des literarischen Wortes, zumal dieses seit den Teilungszeiten — in denen ein geistiges, ein romantisches Polen die vorenthaltene politische Wirklichkeit ersetzt hatte — unbegrenzte Geltung genöß. Angesichts der Flucht vieler Literaten, Historiker und Philosophen in die Vergangenheit (die Gründe dafür erkannte die Allgemeinheit nur allzu gut) klammerte sich das

Mitten im ober-schlesischen Kohlenrevier (Jaworzno, östlich von Kattowitz) muß sich die Bevölkerung stundenlang nach Kohle anstellen. Ein großer Teil der polnischen Kohle wurde zu Unterpreisen nach der Sowjetunion „exportiert“. Foto: keystone



Polentum desto stärker an die Reichtümer des älteren Schrifttums. In dem Bemühen um die Bewahrung staatsfreier Bezirke lernte man die Erkenntnis des größten polnischen Historikers, daß das menschliche Herz die letzte und uneinnehmbare Festung der Nationalität sei, erneut in ihrem vollen Werte schätzen.

Freilich reichte die **geistige Krise** jener Jahre tiefer, namentlich bei der Jugend. Viele Polen hatten sich der aus dem Osten kommenden Welt auch dann unterwerfen zu müssen geglaubt, wenn sie ihren sozialen und geistigen Inhalten nicht zustimmen konnten — zu unaufhaltsam erschien ihr offenbar objektiver Siegeszug. Die junge Generation hatte die Rolle einer Avantgarde in dem Kampf um Überwindung der „veralteten“ bürgerlichen Lebensformen schon dank der Generationenspannung häufig nicht ungern übernommen. Waren die Älteren in der Enttäuschung über die allzu platten Lösungen der stalinistischen Ära oft einem resignierenden Skeptizismus anheimgefallen, so fühlten sich die Jungen nicht selten dem Zwiespalt zwischen dem „sozialistischen“ und dem rein persönlichen Gewissen ausgesetzt. Diese Jugend hatte, obgleich sie bisweilen Züge eines krassen, vulgär-materialistischen Positivismus erkennen ließ, doch niemals vergessen, daß den Überlieferungen des polnischen Sozialismus idealistische und humanitäre Motive zugrundelagen, daß die edelste Aufgabe dieses Sozialismus gemäß den Absichten des jungen Marx in der Befreiung des Menschen von jeder irgendwie gearteten Knechtschaft zu suchen war, und nicht etwa in der doktrinären Durchsetzung eines abstrakten Wirtschaftsmodells. So war es denn auch ein Vertreter der jüngeren sozialistischen Intelligenz, Adam Ważyk, der am 21. August 1955 mit seinem „Gedicht für Erwachsene“ den naiven Fortschrittsoptimismus und die Unwahrhaftigkeit der offiziellen Berichterstattung anprangerte und dergestalt den Durchbruch zum polnischen „Tauwetter“ vollzog.

Mithin hatte die geistige Evolution im gesamten Polen-tum ein kritisches Stadium erreicht, als der XX. Kongreß der KPdSU vom 14.—25. Februar 1956 das Signal zu einer **allgemeinen „Entstalinisierung“** gab. Für die polnische Delegation unter Bierut mochte es nicht eben angenehm sein, daß im Rahmen einer allgemeinen Geschichtsrevision auch eine Rehabilitierung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) der Vorkriegszeit eingeleitet wurde, jener vom Geiste der Rosa Luxemburg beherrschten Partei also, an deren schrecklicher Liquidation im Jahre 1938 auch Bierut beteiligt gewesen war. Der „Stalin Polens“, Bierut, verstarb völlig überraschend kurz nach dem Kongreß, am 12. März 1956, in Moskau, um vier Tage später in Warschau prunkvoll beigesetzt zu werden. Er hatte im Polen-tum vielfach als bloßer Statthalter der Moskauer Regierung gegolten und daher wenig Sympathien genossen; immerhin hatte er, was man ihm zur Anerkennung anrechnete, in den zwölf Jahren seiner Herrschaft ein ausgeprägtes Empfinden für die Dignität der Polnischen Republik bewiesen.

Zum neuen Parteichef und damit zum neuen Staatslenker wurde am 20. März — in Anwesenheit Chruschtschows — Edward Ochab gewählt, der gemäß den Worten Stalins als „Bolschewik mit scharfen Zähnen“ galt. Ochab übernahm eine schwierige Aufgabe, denn er hatte mit einer dreifachen Opposition zu rechnen: die geistige Intelligenz forderte mehr Freiheit für ihr Schaffen; die Ökonomen drängten nach wirtschaftlichen Reformen, namentlich hinsichtlich des Prinzips der Rentabilität; die Kirchen wünschten freie geistliche Wirksamkeit. Solchen Forderungen vermochte Ochab — da eine Änderung der Regierungspraxis offenbar nicht erlaubt schien — nur durch personelle Umbe-

setzungen nachzukommen. Er trat daher in Verbindung mit dem ihm verschwägerten Gomułka, dessen schon am 21. April 1955 erfolgte Haftentlassung er am 4. April 1956 amtlich bekanntgab. Der einstige Parteichef, der sich in gewisser Hinsicht der Unterstützung Chruschtschows erfreute, erwarb sich weit über den Grad seiner sachlichen Forderungen hinaus rasch den Rang eines Anwaltes der Volksmeinung, eines Volkstribunen, und er konnte gerade darum seine persönlichen und sachlichen Anliegen um so drängender vortragen; Ochab befand sich mithin in einer immer unangenehmer werdenden Zwangssituation. Es betraf — wenn auch die geheimen Verhandlungen mit Gomułka erst allmählich publik wurden — bereits Forderungen des „Volkstribunen“, wenn am 20. April 1956 der einstige Sicherheitsminister Radkiewicz und am 6. Mai 1956 die „Graue Eminenz“ der Bierut-Ära, Jakob Berman, aus dem politischen Leben verschwanden. Eine umfassende Amnestie, die rund 100 000 Personen erfaßte, setzte die seit dem Frühjahr 1955 zögernd verfolgte Tendenz der Haftentlassungen oder Haftminderungen energisch fort.

Den stärksten Motor einer fortschreitenden „Liberalisierung“ bildete freilich der **Posener Aufstand vom 28. Juni 1956**, der als bloße Demonstration begann, sich aber sofort zu einer bewaffneten Empörung umgestaltete und erst nach Tagen durch den Einsatz sowjetischer Panzertruppen vollständig niedergeworfen werden konnte. Die anfänglich vertretene amtliche These, es habe sich um eine geplante, vom Auslande her gelenkte staatsfeindliche Aktion gehandelt, mußte rasch aufgegeben werden. Die Posener Ereignisse, der stalinistischen Fraktion ins Schuldbuch geschrieben, beeinträchtigten deren Position empfindlich; sie wurde im Politbüro dadurch geschwächt, daß der am 27. April 1956 zum Außenminister ernannte Rapacki zum Mitglied und der Leiter der Plankommission Jędrzychowski zum Mitgliedskandidaten aufrückten. Ausdruck neuer Denkweisen waren etwa der Beschluß des Warschauer Nationalrates, den „Helden von Warschau“ ein Denkmal zu errichten, und so das schon erschütterte Verdammungs-urteil über die einstige nationale Widerstandsbewegung des Krieges, die „Armee im Lande“, aufzuheben, oder auch die endgültige Rehabilitierung von Gomułka, Kliszko und Spychalski am 5. August 1956. Indessen bewies das starke Ansteigen der Kritik im Reichstag und in der Presse, daß rein personelle Zugeständnisse nicht mehr genügen würden. So bildete sich die 300-Jahrfeier der Krönung der Mutter Gottes von Tschestochau zur „Königin der Krone Polens“ (25./26. August 1956) unversehens zu einer macht-vollen Demonstration um, die von mehr als einer Million Menschen besucht wurde; in ihr kamen auch oppositionelle Forderungen, wie die Bitte um endliche Haftentlassung des Primas, in stummer, jedoch desto beredterer Form zum Ausdruck. Der 9. Oktober brachte schließlich den Rücktritt von Gomułkas einstigem Hauptgegner Minc, der unbe-

Der Aufstand in Posen vom 28. 6. 1956. Ausschnitt aus der Massendemonstration auf dem Hauptplatz.  
Foto: Ullstein





schadet seiner planerischen Fähigkeiten durch die Mißerfolge seiner Wirtschaftslenkung belastet war.

Am 15. Oktober 1956 tagte das Politbüro der PZPR zur Vorbereitung des „Achten Plenums“ des ZK, wobei Gomułka entgegen bisherigen Bräuchen an der Sitzung teilnahm. Diese Tagung löste unter der Nation **Unruhen und Demonstrationen** aus, da bekanntgeworden war, daß sich die stalinistische Fraktion um Nowak, Mazur und Józwiak mit allen Mitteln, offenbar sogar durch den Einsatz sowjetischer Truppen, einer Rückkehr Gomułkas zur Macht widersetzen wollte. Derartige Pläne scheinen in erster Linie daran gescheitert zu sein, daß das Sicherheitskorps unter dem vor kurzem rehabilitierten General Komar, die Warschauer Studentenschaft und die Mehrheit der Arbeiter im ganzen Lande entschlossen für Gomułka eintraten. Alle Schichten der Nation waren infolge der Meldungen über das Eintreffen Chruschtschows und der — später bestätigten — Gerüchte über den von Westen her eingeleiteten konzentrischen Vormarsch sowjetischer Korps auf Warschau mehr als stürmisch erregt, als das entscheidende Achte Plenum am 19. Oktober begann. Während der nun folgenden Verhandlungen wurde schließlich eine vermittelnde Lösung erzielt, die der PZPR — und damit auch dem von ihr gelenkten Polen — eine weitgehende innere Selbständigkeit zusicherte, die engen Bindungen an die KPdSU und die Sowjetunion überhaupt aber bestehen ließ. Bei den Wahlen zu den obersten Parteigremien am 20./21. Oktober 1956 errang Gomułka die Position des „Ersten Sekretärs“ und damit die faktische Parteiführung, während im Politbüro, im Sekretariat und im ZK neben einer sehr starken „zentristischen“ Gruppe die Anhänger Gomułkas — vor allem Łoga-Sowiński, Kliszko und Bieńkowski — eine einflußreiche Stellung erhielten. Die Stalinisten mußten eine sehr empfindliche Niederlage hinnehmen, da ihre Führer Nowak, Józwiak, Mazur und Rokossowski nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Gemäß der neuen personellen Zusammensetzung sollte kein grundsätzlicher Bruch mit der seitherigen Regierungspraxis vollzogen werden, vor allem nicht mit den Grundprinzipien des östlichen Sozialismus. Für die Durchsetzung eines solchen Kompromisses dürfte neben der Volksmeinung, die Gomułka sicher weit über seine Absichten hinaus als Patrioten und Gegenspieler Chruschtschows feierte, die Haltung der „zentristischen“ Gruppe gewesen sein, unter der die früheren Stalinisten Ochab und Cyrankiewicz führend waren.

Immerhin hielt die Volksmeinung den Umschwung für bedeutend genug, zumal er einer halb widerwilligen Sowjetregierung abgetrotzt schien. Daß das künftige polnisch-sowjetische Verhältnis auf den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Gleichheit beruhen sollte, daß selbst die parteiamtliche „Trybuna Ludu“ die programmatische Reihenfolge der Losungen „Souveränität, Demokratie, Sozialismus“ für die richtige hielt, das erklärte die Oktoberereignisse in besonderem Maße. Offenbar leitete die Macht ergreifung Gomułkas eine neue Epoche der Nachkriegsgeschichte Polens ein, und schon darum schien sich in diesen Wochen die enthusiastische Parole vom „Frühling im Herbst“ zu rechtfertigen.

#### Vom Polnischen Oktober bis zur Gegenwart

Die Struktur des polnischen Staatswesens wie auch die Regierungspraxis Gomułkas sollten bis zum Beginn des Jahres 1960 auf den Grundlagen ruhen, die um die Jahreswende 1956/57 gelegt wurden. In seiner Programmrede vom 20. Oktober 1956 gab Gomułka offiziell Auskunft über den künftig zu verfolgenden Kurs: Er betonte, daß es der Wege zum Sozialismus viele gäbe, und nahm mithin die um die Jahreswende 1948/49 abgebrochene Tradition eines „eigenen polnischen Weges“ wieder auf. Im einzelnen proklamierte er — bei allem grundsätzlichen Beharren auf dem Prinzip der zentral gelenkten Wirtschaft — eine begrenzte und zweckbestimmte „Dezentralisierung“ und Liberalisierung im ökonomischen Organismus, namentlich eine Abkehr von der forcierten Kollektivierung, eine Belebung der politischen Diskussion durch die Kräftigung des Reichstages und die „Demokratisierung“ des öffentlichen Lebens,



Massendemonstration beim Aufstand in Posen im Juni 1956. Das Transparent trägt die Aufschrift: „Wir wollen essen“. Foto: Ullstein



Ausschnitt aus einem mit starker Polizeisicherung durchgeführten Prozeß gegen die Teilnehmer am Posener Arbeiteraufstand vom Juni 1956. Foto: Ullstein

Extrablätter in Warschau unterrichten die Bevölkerung über die mit Spannung erwartete Umbildung im Polit-Büro der „Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei“, in dem Gomułka die Position des 1. Sekretärs übernahm. Foto: keystone



wobei jedoch die leitende Rolle der PZPR und ihrer beiden Gefolgsparteien erhalten bleiben sollte. Mithin beabsichtigte Gomułka lediglich eine erhebliche Lockerung, nicht aber eine Umbildung der Volksdemokratie, und dieses Programm bildete das Leitmotiv seiner künftigen Politik.

Unter der Fülle von personellen Veränderungen, die Gomułka vornahm, galt die **Ablösung des Kriegsministers Rokossowski** durch Marian Spychalski am 8. November 1956 als die wichtigste, da sie das augenfälligste Symbol der sowjetischen Fremdherrschaft beseitigte. Neben einigen parteilosen Fachministern kam am 13. November 1956 mit dem neuen Volksbildungsminister Bieńkowski einer der engsten Mitarbeiter Gomułkas in die Regierung; die Leitung der am 1. Januar 1957 in „Planungskommission beim Ministerrat“ umbenannten obersten Wirtschaftsbehörde behielt Jędrzychowski, während das Landwirtschaftsministerium am 7. Januar 1957 von Ochab übernommen wurde.

Während der großen Tage des Oktobers und Novembers 1956 vollzogen sich in den sozialen Tiefenschichten **spontane revolutionäre Akte**, die das Gefüge des Machtstaates wesentlich modifizierten. So lösten sich etwa zwei Drittel der vorhandenen Kollektivwirtschaften auf und bildeten sich wieder zu privaten Einzelwirtschaften um, eine Entwicklung, die Ochab stillschweigend tolerierte. Im Bereich der Industrie entstanden allenthalben „Arbeiterräte“, die eine erhebliche Mitbestimmung an der Produktion beanspruchten; diese Bewegung konnte durch das Gesetz vom 19. November 1956, das die Arbeiterräte im Rahmen der Betriebsverfassung institutionalisierte, nur sehr mühsam und allmählich wieder aufgefangen und der zentralen Wirtschaftslenkung dienstbar gemacht werden. Am eindeutigsten manifestierte sich die revolutionäre Stimmung unter der intellektuellen Jugend, die unverhüllt eine „Revision“ des sowjetischen Marxismus forderte. Ein Denkmal des Fortwirkens hegelianischer, ja neokantianischer Denkweisen innerhalb der starren Form des dialektischen Materialismus stellten die „Thesen zum Sozialismus“ des jungen Philosophen Leszek Kołakowski dar, die dank einer amerikanischen Indiskretion im westlichen Auslande rasch bekannt wurden.

Die ersten Maßnahmen Gomułkas galten der außenpolitischen Absicherung seiner Regierung. Bei seinem Besuch in Moskau (14.—18. November 1956) konnte Gomułka am 18. November eine „5-Punkte-Deklaration“ zustandebringen, die **das polnisch-sowjetische Verhältnis** vorteilhafter als zuvor regelte, das Bündnis und die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze jedoch erneut bekräftigte. Eine Frucht der neuen Prinzipien der Gleichheit und Souveränität stellte das Stationierungsabkommen vom 7. Dezember 1956 dar, das die bisherige Exterritorialität der sowjetischen Besatzungstruppen aufhob und sie polnischen Gesetzen unterstellte. Auch die seither unter dem Mantel von „Handelsverträgen“ verhüllten Tribute Polens an die Sowjetunion, die — namentlich im Falle der Kohlenlieferungen — die Empörung der polnischen Öffentlichkeit wachgehalten hatten, wurden nunmehr durch echte Verträge ersetzt, die u. a. auch sowjetische Wirtschaftshilfen garantieren.

Im innerpolitischen Bereich mußte Gomułka daran gelegen sein, dem aus den Fugen geratenen Partei- und Staatsapparat neue Autoritätskräfte zuzuführen. Er bediente sich unter diesen Umständen der **katholischen Kirche**, die er zugleich von allen Fesseln befreite, die ihre geistliche Wirksamkeit bisher eingeengt hatten. Der Befreiung des Primas Wyszyński aus klosterlicher Haft (28. Oktober 1956) folgte das Kirchenabkommen vom 7. Dezember 1956, mit dem die Kirche wieder befugt wurde, in Schulen, Strafanstalten und dem Militär Unterricht und Seelsorge zu erteilen. Zugleich wurde Wyszyński in den Stand gesetzt, in Ostdeutschland die seit 1951 amtierenden, vom Staate eingesetzten „Kapitularvikare“ zu entfernen, und statt

ihrer vier Generalvikare mit bischöflichen Rechten bzw. für Danzig einen „Coadjutor sedis datus“ einzusetzen. Für diese Zugeständnisse war der Episkopat bereit, die neue Ordnung des Staates — die mit den bevorstehenden Reichstagswahlen und der Neubildung der Regierung vorgenommen werden sollte — moralisch zu unterstützen. Die Kirche handelte damit keineswegs „kollaborationistisch“, sondern lediglich in ihrem eigenen, wohlverstandenen Interesse; sie erkannte nur allzugut, daß die jetzt gewährten Freiheiten das Höchstmaß dessen darstellten, was die Sowjetregierung zu konzedieren bereit war, und daß mithin jedes Weitertreiben der Revolution nur zu einer Verhärtung der Regierungspraxis, ja zu einer krassen Reaktion führen würde, die ihr die Möglichkeiten geistlichen Wirkens erneut gefährden konnte. Die gewaltsame Niederschlagung des ungarischen Aufstandes warf ihre Schatten bereits nach Polen hinüber, und es war nicht zuletzt das Verdienst des mit Gomułka — bei allen prinzipiell unüberbrückbaren Gegensätzen — im patriotischen Empfinden einigen Kardinals Wyszyński, dem Lande die Schrecknisse der ungarischen Kämpfe und der ihnen folgenden Unterdrückung erspart zu haben.

Die **Reichstagswahlen vom 20. Januar 1957** waren zwar wie die vorhergehenden durch die Festlegung eines Kandidatenschlüssels in gewisser Hinsicht präjudiziert, boten aber dank der Möglichkeit der Kandidatenstreichung und des Panaschierens doch gewisse Chancen für eine echte Abstimmung. Wenn auch von vornherein feststand, daß die PZPR die absolute Mehrheit erhalten würde, wenn auch Gomułka — wohl aus Furcht vor einer sowjetischen Intervention — die Wähler beschwor, die Stimm Scheine ohne jede Streichung abzugeben, so suchten die Wähler doch ihre Sympathien und Antipathien zum Ausdruck zu bringen. Dergestalt erhielt Gomułka in Warschau wohl die höchste Stimmenzahl, mußte aber hinnehmen, daß der langjährige Vorsitzende des Warschauer Nationalrats, Albrecht, von dem Redakteur der Studentenzeitung „Po Prostu“, Lasota, und dem katholischen Politiker Zawieyski überholt wurde; Cyrankiewicz wurde in Krakau hinter zwei katholischen Politikern nur dritter. Die endgültige Mandatsverteilung sah gemäß den zuvor abgesprochenen Wahllisten 238 Abgeordnete der PZPR, 119 des ZSL, 39 des SD und 63 parteilose (davon 12 katholische) Abgeordnete bei insgesamt 459 vor. Erstmals seit 1952 erhielten die Abgeordneten auch das Recht, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen; unter ihnen griff der katholische „Znak“-Zirkel besonders lebhaft in die Debatten des am 20. Februar 1957 eröffneten Parlaments ein.

*Kardinal Wyszyński, der Primas von Polen, der 1953 wegen „Mißbrauchs seiner Autorität und Beteiligung an gegen den Staat gerichteten Aktionen“ abgesetzt und festgenommen worden war, wird nach seiner Rückkehr aus seinem Zwangsaufenthalt nach Warschau von der Bevölkerung stürmisch begrüßt.*  
Foto: Südd. Verlag



Am 20. Februar 1957 wurde die Regierung — wiederum unter Cyrankiewicz — gebildet, wobei die PZPR-Minister 25 von den insgesamt 32 Portefeuilles einnahmen. Trotz des Vorwaltens der „Gomułkisten“ und „Zentristen“ blieb die stalinistische Gruppe, die nunmehr meist als „konservative“ oder „rechte“ Fraktion bezeichnet wurde, im Kabinett noch vertreten, namentlich durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Nowak. Andererseits stellte es ein in der Geschichte der Volksdemokratien bisher unerhörtes Faktum dar, daß bei der Einsetzung der Regierung durch das Parlament am 27. Februar 1957 sich eine Gegenstimme erheben konnte.

Die Fundamente der mit der Kabinettsbildung, den Reichstagswahlen und der Neubesetzung der obersten Parteigremien geschaffenen Staatsstruktur blieben bis zur Gegenwart — abgesehen von kleinen personellen Veränderungen — bestehen. Die Regierungspraxis wandelte sich freilich seit dem Herbst 1957, denn sie schränkte die im

Die Arbeiterschaft hat den wenigstens formalen Fortbestand einer gewissen Betriebsautonomie und der Arbeiterkräfte zu verzeichnen; die Bauernschaft darf — im Unterschied zu allen anderen Staaten des Ostblocks — private Wirtschaftsformen ohne Bedrückung pflegen; die Intelligenz vermag sich durch westliche Literatur und Reisen in das westliche Ausland verhältnismäßig frei zu bilden; die Kirche hat trotz vieler Konflikte mit der Staatsgewalt ihre freie geistliche Wirksamkeit weiterführen können. Endlich haben sich die Lebensverhältnisse der gesamten Nation, mögen sie auch mit westlichen Maßstäben noch nicht zu messen sein, doch merklich gehoben.

Der **außenpolitische Spielraum Polens** wird in Anbetracht der sowjetischen Suprematie und der ostdeutschen Frage freilich winzig klein sein müssen. Als Aktivum kann das Regime Gomułkas für sich buchen, daß die Bevölkerung Ostdeutschlands und Danzigs inzwischen auf rund 7 500 000 oder etwa 85 % der Einwohnerschaft von 1939 angestiegen

**Die Erzeugung wichtiger industrieller Produkte in Polen im Vergleich mit der anderer europäischer Länder (1958)**

| Staat                      | Steinkohle<br>in Mill. to | Erdöl<br>in Md. to | El. Energie<br>in Mill. kWh | Rohstahl<br>in Mill. to | Zement<br>in Mill. to |      |
|----------------------------|---------------------------|--------------------|-----------------------------|-------------------------|-----------------------|------|
| Staaten der<br>westl. Welt | Großbritannien            | 223,0              | 0,1                         | 98,5                    | 19,9                  | 12,3 |
|                            | Frankreich                | 58,0               | 1,4                         | 58,5                    | 14,6                  | 11,9 |
|                            | Italien                   | 1,1                | 1,5                         | 45,2                    | 6,3                   | 11,2 |
|                            | BR Deutschland            | 133,0              | 4,4                         | 97,0                    | 22,8                  | 19,9 |
| Staaten des<br>Ostblocks   | Polen                     | 94,0               | 0,2                         | 23,9                    | 5,5                   | 5,1  |
|                            | SB Deutschlands           | 2,8                | —                           | 34,8                    | 3,0                   | 3,6  |
|                            | ČSR                       | 26,0               | 0,2                         | 19,6                    | 5,5                   | 3,8  |
|                            | Ungarn                    | 2,4                | 0,8                         | 6,5                     | 1,7                   | 1,3  |
|                            | Rumänien                  | 0,2                | 11,5                        | 6,2                     | 1,1                   | 2,6  |

Quelle: „Moderne Welt“, Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialgeschichtliche Forschung, Heft 1, Juni 1959, S. 80—83 (Auszug).

Überschwang der Oktobertage allzu offen benutzte politische Meinungsfreiheit in Wort und Schrift wie auch die entsprechenden Willenskundgebungen merkbar ein, wenn auch in vorsichtiger und sehr allmählicher Weise. Das Verbot oder die Maßregelung verschiedener publizistischer Organe, insbesondere der Zeitschrift „Po Prostu“, die Reglementierung des Schriftstellerverbandes und die Unterdrückung des Lodzer Streiks stellten Indizien für eine derartige **Wiederverhärtung der Staatspolitik** dar. Allerdings mag es vorläufig umstritten bleiben, inwieweit solche reaktiven Praktiken den eigenen Entschlüssen Gomułkas zuzuschreiben waren, und inwieweit sie sowjetischer Einwirkung entsprangen. Jedenfalls dürfte das Übergewicht sowjetischer Forderungen angesichts der außenpolitischen und ökonomischen Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion, und namentlich kraft der sowjetischen Besatzung in Mitteldeutschland, in so hohem Maße gesichert sein, daß direkte Interventionen meist gar nicht vonnöten wären. Alle, auch die nichtkommunistischen Polen, dachten und denken wohl realistisch genug, die schwierige Lage der Gomułka-Regierung nicht noch durch oppositionelle Aktivität zu erschweren und dadurch einer sowjetischen Reaktion Tür und Tor zu öffnen.

Wenn mithin der überschwängliche Begriff des „Frühling im Oktober“ zu dem schlichteren des „Polnischen Oktober“ verblaßt ist, so sind doch wesentliche Errungenschaften dieses Oktobers bis in die Gegenwart erhalten geblieben.

ist; unter ihnen befinden sich rund 3 500 000 oder 47 % Bodenständige, d. h. im Lande geborene Kinder und Alt-Autochthone, und 1 700 000 oder 23 % Heimatvertriebene aus dem östlichen Polen. Trotz dieser demographischen Polonisierung des Verwaltungsgebietes bangt die Nation um dessen Besitz. Jener Plan einer atomwaffenfreien Zone, den Außenminister Rapacki am 2. Oktober 1957 vor den Vereinten Nationen entwickelte und seitdem in der internationalen Diskussion lebendig erhielt, umschreibt die Grenzen der außenpolitischen Handlungsfreiheit Polens. In diesem außenpolitischen Spiel dürfte die Mehrheit der Nation — so sehr sie an sich eine Verständigung mit der deutschen Nachbarnation herbeisehnt — doch zu entschlossener Verteidigung des gegenwärtigen Besitzstandes und daher auch zum Verbleiben an der Seite der Sowjetunion geneigt sein. Die objektiven Bedingungen der bei Kriegsende auferlegten territorialen Regelung und die Dringlichkeit innerpolitischer Aufbauarbeiten sind sicherlich wirksamer zu werten denn die Wünsche, Hoffnungen oder Erwartungen individuell liberaler Art. Infolgedessen werden — um die Worte eines deutschen Historikers zu gebrauchen — „auch die Gegner des Regimes ihr Bestes leisten und damit die Regierung Gomułka stützen, solange diese trotz ihrer kommunistischen Überzeugung eine Mittlerstellung zwischen den Weisungen der Sowjetmacht und den besonderen Bedingungen Polens einzunehmen versucht und ihrerseits einen begrenzten Raum der Freiheit und der Verbundenheit mit dem übrigen Europa offenhalten kann“.

**Literatur-Hinweis:** Zur eingehenden Orientierung wird auf das Osteuropa-Handbuch, POLEN, herausgegeben von Werner Markert, Köln-Graz, 1959, verwiesen.

„Staatsbürgerliche Informationen“, Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn, Königstraße 85. Direktor Dr. P. Franken. Redaktion und Karten: Dr. H. Pauels. Verlag und Vertrieb: Universum Verlagsanstalt GmbH, KG., Wiesbaden, Rößlerstraße 7. Druck: HABRA-Kupfertiefdruck, Darmstadt. Gemäß § 2 Erl. BMI v. 25. 11. 1952 über die Errichtung der Bundeszentrale für Heimatdienst wird diese Druckschrift kostenlos abgegeben.